

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages, ist durch die Expedition, Neue Graupenstraße 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 2,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Z. 14.

Breslau, Donnerstag, den 17. Januar 1895.

6. Jahrgang.

## Die industrielle „Reservearmee“.

Die überall um sich greifende Arbeitslosigkeit mit ihren schrecklichen Wirkungen beginnt da und dort die „oberen Zehntausend“ aus ihrer Gleichgiltigkeit aufzuschrecken. Mitgefühl und Nächstenliebe ist das wohl nur in den wenigsten Fällen, denn der Normalphilister aller Länder kann sich immer noch nicht dazu aufschwingen, den Arbeitslosen als etwas Anderes als einen „Bagabunden“ zu betrachten. Könnte die Polizei alle diesem Philistertum unangenehmen Erscheinungen, wozu in erster Linie die ein Almosen heischenden Mitmenschen gehören, beseitigen, dann wäre es zufrieden, und was die Polizei mit den angeblichen „Bagabunden“ anfänge, ob sie solche als wirkliche behandeln würde, das wäre jener „fatten Tugend“ ganz gleichgültig, die sich alliontäglich in den Kirchen zur christlichen Nächstenliebe bekennt.

Aber die Macht der Thatfachen hat sich auch in diesem Falle geltend gemacht und sie beginnt auch dem verhärtetsten Philister die Erkenntnis einzupauken, daß Bagabundage und Arbeitslosigkeit zweierlei Dinge sind. Denn so ungerührt die Herzen in jenen Schichten bleiben, so bedenklich verspürt man den Niedergang der Lebenshaltung der Massen, das Sinken des allgemeinen Consums. Die ganze Geschäftswelt wird davon in Mitleidenschaft gezogen und zwar durch die einfache Thatfache, daß es nicht genügt, Waaren aufzustapeln; sie müssen erst circuliren, bis der Unternehmer seinen Profit einstreichen kann.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Australien giebt es Leute, die sich mit dem Problem der Beseitigung der Arbeitslosigkeit ernstlich beschäftigen, als man es von Seiten der herr-

schenden Klassen in Europa gewohnt ist. Bei uns glaubt die Bourgeoisie ihre Pflicht gethan zu haben, wenn sie alljährlich einige kümmerliche Beiträge an die sogenannten Arbeitscolonien abfließen läßt und ihren Obolus an die Vereine „gegen Verarmung und Bettelerei“ entrichtet. Im Uebrigen sind viele Hunde auf Bettler dressirt.

In Nordamerika hat die unsäglich rohe Behandlung, welche den Arbeitslosen zu widerfahren pflegt, nunmehr hier und da einen Rückschlag zum Besseren hervorgerufen. Auch in diesem „freien“ Lande stempelte man den Arbeitslosen einfach zum loafer oder tramps, zum Bagabunden. Nun hat endlich im Staate Massachusetts das Arbeits-Bureau eine Untersuchung vorgenommen, die sich auf die Arbeitslosigkeit bezog. Man fand, daß im Winter 1893/94 in der gegen 400 000 Einwohner zählenden Stadt Boston 11 000 Personen ganz ohne Beschäftigung waren, so daß die Behörden auf Mittel sann, sie durchzubringen; jedenfalls waren noch viele weitere Tausende da, die sich nur unter den schrecklichsten Entbehrungen durchbringen konnten. Auf dem Lande war die Arbeitslosigkeit größer als in der Hauptstadt; 39,59 Procent der Bevölkerung sind einen Theil des Jahres hindurch ohne Beschäftigung; 5,24 Procent haben volle sechs Monate nichts zu thun.

Mit Vorschlägen zur Abhilfe ist man in Massachusetts nicht weit gekommen; immerhin ist es aber gut, daß einmal amtlich der Umfang der Arbeitslosigkeit constatirt ist. Man will nun die „Trunkenbolde“ von den „ehrlichen und fleißigen Arbeitern“ trennen; die Ersteren will man zwangsweise „sittlich ausbilden“, die Anderen sollen an öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden. In dem Augenblicke, da sich die „Temperenz“

in diese Dinge einmischte, wird schwerlich etwas Zeitgemäßes erreicht werden; im Uebrigen beweisen die Vorschläge nur, daß man oben nicht weiß, wie man dem freßenden Uebel steuern soll, das vom Capitalismus unzertrennlich ist. Obnebies wird die Mehrheit der Yankee's im Namen der „Freiheit“ sich hartnäckig gegen jeden energischen Eingriff der Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter sträuben.

Anderes in Australien, wo man ernstlich daran zu glauben scheint, daß die Arbeitslosigkeit auch unter den heutigen Zuständen mit gutem Willen beseitigt werden könnte. Man begreift nicht, daß der in's Riesenhafte wachsende Capitalismus auch eine immer stärker werdende „Reservearmee“ braucht. Ein Berichterstatter der „Frankf. Zeitung“ hat einige Thatfachen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Australien beigebracht. Danach hat man dort von Staatswegen Dorf-schaften und Niederlassungen auf dem Lande in Angriff genommen und unbefähigte Arbeiter in Masse aus den Städten dahin „abgeschoben“. Solche Maßregeln sind natürlich nur da möglich, wo es noch uncultivirte Landstriche giebt. Die Arbeiter erhielten eine Parzelle für sich und Mark 80 pro Monat; für den letzteren Betrag mußten sie 14 Tage für den Staat arbeiten. Indessen fielen diese Maßregeln nur zu geringem Theil befriedigend aus, wohl auch deshalb, weil eben nicht alle Arbeiter sich für die Landwirtschaft eignen.

Besser gewirkt hat die Thatfache, daß man in Neuseeland die öffentlichen Arbeiten an Arbeiter-Associationen vergiebt, statt an Unternehmer. Das hat allerdings mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit direct nichts zu thun, aber die Arbeiter erhalten den Ertrag ihrer Arbeit. Es ist dies eine Einrichtung, wie sie auch häufig unser bekannter Genosse, der Hof-

## Maulwürfe.

Roman von Nicolaus Krauß.

34] [Nachdruck verboten.]

Um neun Uhr Abends zogen sich die Geschworenen zur Berathung zurück. Drei Stunden währte dieselbe. Die Luft in dem Saale wurde durch die Ausströmung der Gaslampen und die Ausdünstungen der Menge geradezu unerträglich. Und trotzdem rührte sich kein Mensch von seinem Platze.

Unter den Zuhörern bildeten sich Gruppen. Der eine schmur das Blau von dem Himmel herunter, alle Angeklagten würden für schuldig befunden werden; ein Zweiter wieder meinte, es sei schon genug, wenn Einer oder Zwei verurtheilt würden. Ein besonders Eifriger wiederholte den ganzen Proceß, die Aussagen der Zeugen, die Reden des Staatsanwalts und der Verteidiger und zum Schluß auch noch das Resumé des Vorsitzenden, dann erst hielt er sich für berechtigt, das Urtheil abzugeben.

„Wer verurtheilt wird, kann man natürlich nicht vorauswissen; genug an dem: die Zukunft wird es lehren.“

„Haben Sie bemerkt, daß der Gyla von Zeit zu Zeit einen Blick heraufwarf?“

„Natürlich. Er sah nach seiner Mutter; mich wundert es nur, wie die alte Frau all' die Hitze und Aufregung aushält.“

„Si was, Mutter! Auf das Mädchen schaute er,

welches neben der alten Frau sitzt. Kennst Du sie?“  
— „Ich? Nein. Uebel ist sie nicht, aber eine Einheimische ist sie auch nicht. Wird halt so ein Wiener Greil sein. Vielleicht ist sie gar seine Geliebte und läuft ihm nach, daß er ihr ja net auskommt. Möglich ist ja Alles bei den heutigen Zeiten und dem heutigen jungen Volk.“

„Welcher hat Ihnen denn am besten gefallen, Frau Urtheil? Der junge Schwarze oder der mit dem großen Bart, oder gar der, welcher so gern 'nen Schnaps trinkt, wie Sie, und mit Grünzeug handelt, auch wieder, wie Sie? Wie iu's denn? Werden S' um den verstorbenen Eheherrn noch lange trauern?“

„Sie Bamschnabl, Sie krummbaneter: Hören S' auf oder ich gib Ihnen a Tachtl, daß S' vier Wochen im Trab laufen! Verstanden?“

„Pui Teufel, die Hitz! Zu Wasser könnt' man werden in dieser Höll, in dieser verdammten!“

So schnatterte, schwätzte, lärmte, fluchte es durcheinander. Rückwärts hatten sich zwei Burschen schlankweg auf den Boden gesetzt und spielten „Hopp!“

Endlich erschienen die Geschworenen unter Vorantritt ihres Obmannes, der einen großen Stoß Acten unter dem Arme trug und ein Gesicht machte, so ernst und feierlich, als blickte das Jahrhundert auf ihn.

Gyla, Mattusch und achtzehn Genossen wurden freigesprochen, Joachim Schwebele und der Einarm schuldig befunden des Aufruhrs, vierzehn andere Angeklagte der Theilnahme an demselben.

Aus dem Zuschauerraume ertönte ein leichter Schrei, furchtbares Getrappel folgte ihm; Gyla's Mutter war ohnmächtig geworden. Alle die Anstrengungen der Verhandlung hatte sie muthig und standhaft ertragen, den Einwirkungen der Freude unterlag sie.

Man führte die Angeklagten herein und las Ihnen den Wahrspruch der Geschworenen vor. Die freigesprochenen Weber lachten und weinten zu gleicher Zeit, die Verurtheilten sahen trotzig zur Erde.

Nun sprach der Gerichtshof das Urtheil; es fiel sehr gelinde aus.

Als die Verurtheilten abgeführt wurden, wandte sich Joachim Schwebele noch einmal um, fragte sich hinter dem Ohre und meinte:

„Drei Jahre drummen und für was? Für so ein paar Schnäpchen? Eine ver . . . , 'ne eigenthümliche Sache das.“

Die Freigesprochenen wurden vor dem Gerichtssaale von ihren Angehörigen erwartet. Als Gyla ins Freie trat, brachen die Ulmenauer Weber in ein ohrenzerreißendes Geschrei aus. In der öffentlichen Meinung war ein vollständiger Umschwung eingetreten. So sehr man Gyla gelächert, so sehr wurde er jetzt in den Himmel erhoben. Jeder wollte es gleich gewußt und gesagt haben, daß Jener freigesprochen werden würde.

Manchem Schwarzauer Familienvater überkam auf dem Heimwege aus dem Schwurgerichtssaal auf einmal die Sehnsucht, Schwigerwvater zu werden, manchem

baurath Demmler in Schwerin, mit den Mauer- und Zimme leuten selbst statt mit Unternehmern vereinbart hat. Demmler glaubte damit nicht die Frage zu lösen; er wollte damit aber den Arbeitern einen Vortheil verschaffen. Nachahmung hat er freilich in Deutschland nicht gefunden.

Wir zweifeln gar nicht daran, daß bei einigem ersten Willen die Schrecken der Arbeitslosigkeit bedeutend gemildert werden könnten. Dazu gehört in erster Linie, daß die herrschenden Klassen das barbarische Vorurtheil abschütteln, das sie in dem Arbeitslosen nicht nur einen „Bagaburden“, sondern eine Art von Verbrecher gegen die gesellschaftliche Ordnung erblicken läßt. Aber wann wird der deutsche Philister — und auch der anderwärts — sich seiner Vorurtheile entledigen können?

Der Capitalismus braucht die Arbeitslosigkeit zu seinem Bestande; darum wird sie auch nicht aufhören, so lange das Privatunternehmertum das Privilegium hat, für die Bedürfnisse der Gesellschaft zu sorgen und damit die Arbeitskraft des Volkes auszubeuten. Ohne überschüssige „Hände“ würde die gegenwärtige Produktionsform sich gar nicht weiter entwickeln können.

Darin liegt aber auch die Gewißheit des Unterganges des kapitalistischen Systems. Es läßt keine eigenen Grundlagen auf, je mehr „Hände“ überflüssig werden. Eine Gesellschaft, die einem so großen Zwecke ihrer — und noch dazu nützlichsten — Mitglieder keine Gewähr mehr für ihren Unterhalt bieten kann, muß durch äußeren Zwang zusammengehalten werden, und das geht auf die Dauer nicht an: das würde gegen alle historischen Gesetze sein.

Die Skidarbeit in Amerika und Australien kann den Gang der Dinge nicht aufhalten. Und dieser wird das kapitalistische Vorrecht der Aushung beseitigen, welches ohne Massenelead gar nicht bestehen kann.

### Elektricität und Hausindustrie.

In den weitesten Kreisen wird noch heute die elektrische Kraftübertragung für das Allheilmitel des Kleingewerbes gehalten, und kein geringerer als Werner von Siemens hat dem Kleingewerbe einen neuen Aufschwung in Aussicht gestellt, wenn diesem der Elektromotor als billige Betriebskraft zugeführt werden würde. Es kann aber gar keinem Zweifel unterliegen, daß das Kleingewerbe in den weit aus meisten Industrien dem Großbetriebe gegenüber auch dann nicht concurrenzfähig gemacht werden könnte, wenn dem Kleingewerbe auch der beste Motor ganz umsonst zugänglich gemacht werden würde, denn weit mehr als das Vorhandensein einer motorischen Kraft kommt in diesem Concurrenzkampfe die technische Ueberlegenheit des Großbetriebes in Betracht. Nur dem Capital steht die moderne Wissenschaft zu Gebote, nur dieses kann wissenschaftlich gebildete Chemiker, Ingenieure etc. engagiren, nur ihm sind die vollkommensten Produktionsmethoden, die vollkommensten Arbeitsmaschinen zugänglich. Was nun dem Handwerker der billigste, vollkommenste Motor, wenn er nicht die großen Werkzeugmaschinen damit verbinden kann, die nur bei der Production im Großen Anwendung finden können? Auch von der elektrischen Kraftübertragung wird deshalb in einer Reihe der

Großunternehmen Vortheil ziehen, und zwar dadurch, daß die auf der Erde vorhandenen Wasserkräfte, in elektrische Energie umgewandelt, an den verschiedensten Stellen des Landes die Betriebskraft für industrielle Großbetriebe bilden. Von hervorragendem Interesse ist hier das Unternehmen, die Wasserkraft der Niagarafälle, in elektrische Energie verwandelt, der Industrie nutzbar zu machen und zwar in einem Umkreise, dessen Radius durch die Entfernung von den Niagarafällen bis New-York bestimmt wird. In dieser Entfernung (530 Kilometer) würden etwa 150.000 elektrische übertragene Pferdekräfte gerade noch mit der Dampfmaschine concurriren können. Es bedarf keiner Auseinandersetzung, daß die Riesencapitalien, die dieses Unternehmen in das Leben gerufen haben, es nicht dazu benügen werden, das Kleingewerbe, das überdies in Amerika nur eine ganz sporadische Existenz führt, oder das kleine Capital concurrenzfähig zu machen.

Ohne Bedeutung für die Kleinindustrie ist die elektrische Kraftübertragung allerdings nicht, freilich in einem ganz anderen Sinne, als die berufenen Beschützer des selbständigen Kleinhandwerkers meinen. Denn gegen über andere Kraftübertragungsarten gestattet die elektrische Kraftübertragung eine weitgehende Theilbarkeit, die bis zu den untersten Grenzen hinab (1/4 bis 1/2 Pferdekräfte) noch wirtschaftlich vortheilhafter ist, als die Benutzung selbständiger Motoren. Aber diese fast unbegrenzte Theilbarkeit der Betriebskraft fördert nicht das selbständige Kleingewerbe, sondern die Cottage-Industrie, die Hausindustrie, die sehr treffend das äußere Departement des Großbetriebes genannt worden ist. Eine ganze Reihe von Industrien verträgt nämlich ganz ausgezeichnet eine gewisse Centralisation, vor Allem die Textilindustrie, die Uhrenfabrikation etc. Bei der Uhrenfabrikation in der Schweiz ist die Cottage-Industrie fast vollständig durchgeführt; bei der Textilindustrie geschah das bisher nur in bescheidenem Umfange, weil die modernen Spinnmaschinen und mechanischen Webstühle durch menschliche Kraft nicht angetrieben werden können. Nur in der Damast- und Bandweberei hat die Handweberei noch einen nennenswerthen Umfang und dementsprechend auch die Cottage-Industrie. Gelingt es aber, dem Hausweber einen billigen Motor für mechanische Webstühle und Spindeln zur Verfügung zu stellen, so wird in der Textilindustrie die Decentralisation bald die Regel, die Centralisation aber die Ausnahme sein, denn vom Standpunkte des Unternehmers bietet die Hausindustrie weitauß größeren Vortheile als die Fabrikindustrie. In der Hausindustrie hat der Arbeitstag keine Grenzen, der soziale Schutz der Frauen- und Kinderarbeit kommt gänzlich in Fortfall, die Arbeiterorganisationen verlieren bei der Decentralisation der Arbeit ihr natürliches Rückgrat, und auch die Anlagkosten für die Gebäude und Maschinen können ganz auf den Cottage-Weber abgewälzt werden, indem der Capitalist dem selbständigen Weber oder Spinner den ganzen Betrag für sein Hauschen und seine Maschinen vorstreckt, und ihn dann in Raten von dem „Kampfe“ der gefertigten Waare in Abzug bringt. Daß dieser „Kampf“ für die gefertigte Waare nur ein Aequivalent für die notwendige Arbeitszeit ist, versteht sich am besten.

In dem elektrischen Motor bietet sich nun das denkbar bequemste Mittel, den Textilarbeiter selbständig zu machen, um ihn dann um so bequemer ausbeuten zu können.

Ein sehr charakteristisches Beispiel hierfür liefert der Bericht des Vereinigte Staaten Consuls über die Seidenweberei in St. Etienne (Frankreich), den das „Wiener Handelsmuseum“ in seiner Nummer vom 12. Juli 1894 citirt.

In St. Etienne sind ca. 18.000 Webstühle im Betriebe, von denen der größte Theil den Webern selbst gehört. Der Unternehmer tritt ihnen dort ebenso wie in Schlesien und im Erzgebirge als „Verleger“ gegenüber.

Die Weberei in St. Etienne ist fast ausschließlich Handweberei. Aber die Electricität hat auch den dortigen Unternehmern die Augen geöffnet, und bereits 60 Webstühle des Districtes werden durch Elektromotoren angetrieben, die den notwendigen Strom von der Edison Electric Co geliefert erhalten.

Die Erfahrungen mit den elektrisch angetriebenen Webstühlen sind außerordentlich günstig ausgefallen: insofern als jeder Stuhl 25 Procent mehr zu leisten im Stande ist als beim Handbetriebe, jeder Weber aber gleichzeitig zwei Stühle zu beaufsichtigen vermag. Deshalb hat sich denn auch die Edison Electric Co. angeboten, die zahlreichen Webstühle des Districtes in gleicher Weise wie die bis jetzt elektrisch betriebenen Webstühle mit elektrischer Betriebskraft zu versehen.

In unmittelbarer Nähe des Dorfes St. Victor-sur-Loire, ca. 8 Meilen von St. Etienne, ist bereits eine ausgebaute elektrische Anlage errichtet worden, die mit Hilfe von drei Turbinen der Loire ca. 900 Pferdekräfte entnimmt. Nach den Offerten der Edison Electric Co sollen die Ausgaben per Stuhl 350 Franc einschließlich Dynamo und Transmission betragen, wofür der Bewegungsmechanismus in den Besitz des Webers übergeht, der außerdem noch 10 Franc per Monat und Stuhl für Instandhaltung des maschinellen Theiles seiner Anlage zu bezahlen hat.

Unter dem Scheine der Antheilnahme an der „selbständigen“ Kleinwebern wird es auf diesem Wege gelingen, die Ausbeutungsrate des „Meisters“ noch erheblich zu steigern. Und wie in diesem Falle, so wird in allen analogen Fällen der Elektromotor das Kleingewerbe nicht heben, er wird es vielmehr in dauerndere und sicherere Abhängigkeit vom Großcapital bringen als es bisher möglich gewesen ist.

(„Socialdemokrat.“)

### Politische Rundschau. Deutschland.

— Gerüchte über die Auflösung des Reichstages im Falle der Nichtannahme der Umsturzvorlage. Die letzte „Rede“ des Reichskanzlers legt man auch in diesem Sinne aus. Uns kann es schon recht sein.

— Herr von Lubow, der Präsident des Reichstages, ist durch die Umsturzvorlage sehr nervös geworden und scheint mit zweierlei Maß in seiner Geschäftsordnung zu messen, wenn Redner der Opposition

jungen Mädchen klang so eigenhumlich der Silenzial des Namens: Paul Oyla, so eigenhämlich schön und interessant.

Die Wirthshäuser wurden diese Nacht erst sehr spät geschlossen. Es wurde gejubelt, gestritten, erant, wieder gejubelt und dabei gerufen, daß auch die Gemüther für den kommenden Tag eine Ueberschwemmung prophazieren.

Die ganze Stadt ging, mit dem Namen Oyla auf den Lippen, zu Bethe. Und wäre damals eine Straße ohne Namen gewesen, Schwarzau hätte heute, wie es einen Schillerplatz und eine Sechstragelgasse besitzt, eine Oylastrasse.

Das Volk wird nie gecheitert werden; vor dem Erfolg liegt es allerweg auf dem Banche.

### XIII.

Am Freitag derselben Woche, in der in Schwarzau das Schwanenrecht tagte, fuhr auf dem alten Donauarme bei Stadlau ein mit fünf Männern besetztes Kahn. Es war ungefähr die fünfte Nachmittagsstunde. Zwei von den Männern saßen an den Rudern, zwei am Steuer und einer im Bug des Kahns, der sich ängstlich in der Mitte des Flußes hielt. Hier sind alte Bekannte: Sohar, Goll, der Futteralmacher Zapletal und Sohar's Alt, der Richter. Der aber, welcher neben Sohar am Steuer saß, ist ein Fremder. Er hat ein glattnantes, dreieckiges Gesicht, sein Unterliefer ist nach vorn gebogen, und über die Augenbrauen blitzen zwei neugierige Augen von der Farbe irispolirten Eschels. Er blickt in jenen Schwanen, fragt

sein Dolchmesser in das Brett, auf welchen er sitzt, zieht es heraus und läßt es wieder hinein, spielt mit dem scharfen Eisen, wie ein Schalk. Der Langweile hat. Dabei hört er aber aufmerksam auf das Gespräch seiner Mitfahrenden, wirft ab und zu ein Wort dazwischen, seine Stimme klingt, wie eine gestungene Kanigel.

„Trum meint,“ beginnt plötzlich der Fremde und läßt seine Augen voll auf Sohar's Antlitz ruhen, „die Bewegung ist hier ein. Sie habe so schöne Angelegenheit gehabt, auf einmal aber sei Alles ruhig geworden, wie auf einem Kirchhofe. Das muß anders werden. Stellt denn kein Junfer Rath in den Seiten? Die lange dauert es, so sitzen wir auf dem Treiben. Die Füllhose köpftel nur noch. Die Reize haben Recht; der Geld geht, will auch eine Gegenrichtung. Was ist mit den „Zetteln?““

Die Zwei zogen die Kader ein und ließen den Kahn treiben.

Dann wandte der Futteralmacher seinen Kopf nach dem Steuer und sprach:

„Zettel, ja, da macht's gewaltig. Die Londoner und Schweizer sind verbrochen, und Prege haben wir auch keine mehr. Und woher eine neue nehmen? Die läßt sich nicht im Postamt mit über die Grenze tragen.“

„Sagt Ihr denn keine Bekannte unter Euch, keine Expat?“ hob der Fremde nach einer Pause wieder an. „Der Schrittmacher? Der hat seine Füße doch an der Quelle, da würde es doch nicht schwer

halten, eine Breie zusammenzustellen. Die Hauptache meine ich, sind doch die Leitern.“

„Erstens“, antwortete Zapletal, „sind die Buchdrucker meistens Gemäßigte und zweitens sollen denn die Leute das Material stehlen?“

Sechs Augen richteten sich fragend auf den Fremden. Dieser riß sein Messer aus dem Brett und meinte lächelnd: „I Gott bewahre! Uebrigens, feige Kerle sind nicht einmal das im Stande.“

„Man braucht noch nicht feige zu sein, wenn man die Sache des Volkes nicht mit einem Verbrecher befechten will,“ kurrte Zapletal.

„Schwachsopf“, nannte es der Fremde mit einer wegweisenden Handbewegung.

„Mein Herr!“ schrie der Futteralmacher und sprang auf. Der Kahn gerieth ins Schwanken, „I bin hier als Vertreter der Genossen. So etwas laßt sich mir nicht bieten. Zum Teufel noch einmal.“

„Gut!“ jagte der Fremde, seine Rechte umtrall den Griff des Dolchmessers.

Dem Futteralmacher traten die Augen aus den Höhlen, mit einem Wuthschrei stürzte er auf seinen Gegner.

Aber Sohar hatte kalten Blutes den Vorgang übersehen! er schlug mit dem Ballen seiner Faust schief auf die Wasserfläche, und ein kalter Wasserwall fuhr Zapletal in die Augen und blendete ihn.

(Fortsetzung folgt.)

sich an gewisse Punkte heranwagen. Die Verhandlungen der letzten Woche geben dafür den besten Beweis. Als der Abgeordnete Kröber am Freitag das Goldene Buch von München erwähnte, verbot Herr von Levetzow ihm, weiter zu reden; und wenn ein socialdemokratischer Abgeordneter auf fleghafte Angriffe mit einem Zwischenruf antwortete, so geräth Herr von Levetzow ganz außer sich. Das Merkwürdige ist bloß, daß nur die Zwischenrufe von Links diese Wirkung haben, während die Zwischenrufe von Rechts, und seien sie so laut und so unaristokratisch, wie das berühmte Pfui-Gebrüll der Junker am 7. Dezember, absolut ohne Eindruck bleiben. Warum das? Es ist doch absolut unzulässig, wenn hier zweierlei Maß angewendet wird.

Der preussische Landtag ist gestern am 15. d. Mts., Mittags 1 Uhr, mit einer Thronrede eröffnet worden. Sie enthält keinerlei Ankündigungen über eine Novelle zum Vereinsgesetz; von einem Lehrerbefolgungsgesetz ist in ihr nicht die Rede. Den größten Theil der Thronrede nehmen die Klagen aus dem Finanzministerium in Anspruch darüber, daß der hohe Reichstag nicht Miquels Steuerprojekten und dem Automaten größere Beachtung schenken wil. Am Schluß der Thronrede wird zum Zusammenschluß aller „Wohlgefintnen“ gegenüber der Mächten des „Umbras“ aufgefordert.

Nur immer muthig — zurück! Mit seiner bekannten wohlfeilen, fittlichen Entrüstung hatte Herr Stumm in seiner Umsturzvorlage den „Vorwärts“ benuncirt, daß sein Geschichtskalender ungefähr 28 anarchistische Attentate registrierte. Darauf höhnte ihn Genosse Frohne am Sonnabend mit dem Hinweis, daß ein in gut bürgerlichem Verlaufe — bei Ullstein — erscheinendes Buch deren sogar 37 aufzähle. Das veranlaßt die „Berliner Zeitung“ zu folgendem Nothwehrartikel der gekränkten Ullstul:

Herr Frohne würde gut daran thun, sich näher darüber zu äußern, welches Buch aus dem Ullstein'schen Verlage er denn eigentlich meint. Wenn übrigens in einer, die ganze Weltgeschichte umspannenden Geschichtsdarstellung sich eine größere Anzahl von Attentaten ausgezeichnet fände, so wäre das doch nicht auffällig vorausgesetzt, daß keine tendenziöse Mache vorliegt. Darauf aber kommt es doch hier an.

Herr Ullstein — bemerkt hierzu der „Vorwärts“ — der jetzt schon vor dem Umsturzgesetz Angst zu haben scheint, kann geholfen werden: Frohne meint jedenfalls sein „Jahrbuch für das praktische Leben“ für 1895, in dessen Chronik der letzten beiden Jahre anarchistische Attentate, Verschwörungen und Prozesse bündelweise registriert sind. Wir finden daran natürlich nichts Auffälliges, wenn wir auch glauben, daß der Zweck weniger die Anarchistenvorherrschung war, als vielmehr die Kennzeichnung der Gefahren für die bürgerliche Ordnung. Das könnte vielleicht auch als tendenziöse Mache aufgefaßt werden, wenn sie die „Berliner Zeitung“ in diesem gegen den „Vorwärts“ geschleuderten Vorwurfe nicht ausdrücklich ablehnte. Gleichwohl wird der „Vorwärts“ nach wie vor seine Tendenz unverrückt festhalten; er hat kein Bedenken für jene Kammerknechts-Tafel, die ihren Muth erst in kleinen Wadenkneisereien zeigen möchte und dann in den Fußtritt schweigend entgegnimmt.

Zum Gerichtsstand der Presse. Unser Genosse, der sächsische Landtagsabgeordnete Horn, sendet dem „Vorwärts“ in seiner Eigenschaft als Redacteur des Nachorgans der Glasarbeiter den folgenden interessanten Beitrag zur Frage des Gerichtsstands der Presse:

Das großherzoglich oldenburgische Landgericht hat entschieden, daß ich am 16. d. Mts. in Oldenburg von der dortigen Strafkammer abgeurtheilt werden soll, weil ich die Oldenburger Polizei in meinem Fachorgan „beleidigt“ habe, das heißt, weil dieses Blatt in Oldenburg verbreitet worden ist.

Als Gegenstück hierzu führe ich an, daß ich z. B. wegen Beleidigung des Oldenburger Glasblüthen-Directors in Dresden als dem Erscheinungsorte des „Fachgenossen“ abgeurtheilt werde und doch das Blatt auch in Oldenburg durch die Post verbreitet worden.

Es liegt wirklich kein Bedürfnis für eine Umsturzvorlage vor, wenn man schon heute die Fertigstellung der Zeitungen in dieser Weise erschwert.

Ein Handelskammercongrès in Berlin. Das sächsische L.-S. bringt folgende Mittheilung:

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin werden schleunigst zu den vom Handelsminister beauftragten Fragen wegen der Umgestaltung der kaufmännischen Interessen-Vertretung in Preußen Stellung nehmen. Auf den 29. d. Mts. werden sie die übrigen kaufmännischen Corporationen Preußens nach Berlin laden, um gemeinsames Vorgehen in den die Corporationen betreffenden Fragen anzubahnen. Weiterhin, vernünftlich für die erste Hälfte des künftigen Monats, wurde die Versammlung sämtlicher preussischer Handelskammern in Berlin in Aussicht genommen, auf welcher eine

möglichst einheitliche Stellungnahme zu den übrigen Fragen angestrebt werden soll.

Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel betragen im December v. J. im Vergleich zu den in Klammern beigefügten Preisen von November: für 1000 Kilo Weizen 126 (124) M., Roggen 111 (112) M., Gerste 118 (120) M., Hafer 114 (116) M., Korbweizen 203 (206) M., Spesebohnen 262 (256) M., Linsen 397 (403) M., Erbsen 49,2 (48,6) M., Kichererbsen 37 (37,6) M., Heu 50,1 (50,2) M., Rindfleisch im Großhandel 1111 (1131) M., für ein Kilogramm Rindfleisch 1,39 (1,39) M., Rindfleisch vom Bauch 1,19 (1,21) M., Schweinefleisch 1,34 (1,36) M., Kalbfleisch 1,30 (1,32) M., Hammelfleisch 1,25 (1,26) M., ger. incl. Speck 1,66 (1,67) M., Schbutter 2,22 (2,18) M., incl. Schweineschmalz 1,65 (1,62) M., Speisemehl aus Weizen 0,25 (0,25) M., aus Roggen 0,22 (0,22) M., für ein Schock Eier 4,37 (4,17) M.

Die Branntweinproduction im December betrug in Preußen 364,734, im gesammten deutschen Steuergebiet 441,359 Hectoliter reifen Alkohols. Zu den freien Verlehr gesetzt wurden in Preußen 221,425, in ganz Deutschland 263,801 Hectoliter. Es verblieben in den Lagern und Reinigungsanstalten unter steuerlicher Controle in Preußen 445,536, im ganzen deutschen Steuergebiet 512,574 Hectoliter.

**Parlamentarisches.**

**Die Geschäftsordnungs-Commission**

hat Montag Abend unter dem Vorsitz des Präsidenten die Berathung über die Verstärkung der Disciplinargewalt, welche aus Anlaß des Fall Liebknecht in Aussicht genommen ist, begonnen. Nach einigen geschäftlichen Bemerkungen über das Stimmrecht und die eventuelle Vertretung im Vorsitz des nicht zur Geschäftsordnungs-Commission gehörenden aber vom Reichstage im vorliegenden Falle mit dem Vorsitz beauftragten Reichstags-Präsidenten legte Herr v. Levetzow die Gründe dar, welche ihn zu dem Wunsche einer Verstärkung der Disciplinargewalt geführt haben. Der Ton im Reichstage hätte sich im Laufe der Jahre verschlechtert. Früher sei der Reichstag in dieser Beziehung als Muster hingestellt worden, jetzt müsse man im Lande vielfach Klage über den im Reichstage herrschenden Ton hören. Namentlich seien Angriffe in beschimpfender Form auf außerhalb des Hauses befindliche Personen, Behörden, sowie Kategorien von Staatsbürgern vorgekommen. Durch die sich oft wiederholenden und trotz erfolgter Mahnung nicht unterbleibenden Zwischenrufe verletzlicher Art, sowie die Hineinziehung des Kaisers in die Debatte leiden die Verhandlungen sowie die Würde und das Ansehen des Reichstages. Den Entschluß, in dieser Beziehung Aenderung zu schaffen, hätte er nach dem Vorfall am ersten Tage im neuen Haus gefaßt. In Conferenzen mit den Präsidialkollegen und einzelnen Mitgliedern des Hauses hätte er einen diesbezüglichen Antrag vorbereitet. Da bei der Verlesung des Reichstages die Geschäftsordnungs-Commission mit der weiteren Regelung der Angelegenheit beauftragt habe. Der Präsident erwähnt noch, daß er sich vergeblich bemüht habe, den Antrag der Regierung auf strafrechtliche Verfolgung des Abg. Liebknecht zu verhindern, und führt weiter aus, daß gegenüber den Verkommenissen der letzten Jahre eine Aenderung der Geschäftsordnung notwendig sei. Neben der Verstärkung der Disciplinargewalt wünscht der Präsident die Aenderung der Geschäftsordnung, um die Arbeiten des Reichstages mehr als bisher zu fördern. Zu diesem Zweck schlägt er ein Disciplinarmittel vor, welches schärfer als der Ordnungsruf und in einer zeitweiligen Ausschließung von der Theilnahme an den Sitzungen bestehen soll.

Der Präsident spricht schließlich seine Meinung dahin aus, nur bei ernstlicher Selbstzucht könne die Freiheit der ersten Körperschaft des Reiches gedeihen. Abgeordneter Singer erklärt, er wolle der verehrten Persönlichkeit des Präsidenten nicht zu nahe treten, aber er vermüge das Bedürfnis, gegen den jetzigen Ton, der im Reichstage herrsche, schärfere Maßregeln zu treffen, nicht anzuerkennen. Es gebe bei uns im Parlament weit ruhiger zu, als in anderen Ländern, z. B. Frankreich, Italien und England. Allerdings sei bei uns der Ton auch ein anderer geworden. Die Pfui-Rufe in der ersten Reichstagsitzung hätten aber zu Repräsentanten herausgefordert. Wir brauchen einen Schutz gegen Beleidigungen vom Bundesrathsstische aus, z. B. gegen solche des Kriegsministers. Wie es in der Wald hineinralle, so schalle es auch wieder heraus. Außerdem verlangt Redner Schutz der Abgeordneten gegen unangemessenes Auftreten der Minister und erklärt, daß er und seine Freunde sich die Act, in welcher der Kriegsminister in letzter Zeit gegen sie auftritt, nicht gefallen lassen würden. Der Ton, in dem der Kriegsminister die socialdemokratischen Abgeordneten anpricht, die Redewendungen, die er dabei gebraucht hat, seien so verletzend gewesen, daß die Abgeordneten durch Zwischenrufe zur Selbsthilfe hätten schreiten müssen. Nicht nur am Bundesrathsstische und auf der rechten Seite des Hauses sei das Gefühl für persönliche Ehre lebendig. Nach dieser Richtung hin sei der Schutz der Abgeordneten vielleicht empfehlenswerth. Die Hineinziehung des Kaisers in die Debatte sei durch die Geschäftsordnung nicht verboten und außerdem unerlässlich. Wenn der Träger der Krone sich in den Mittelpunkt des politischen-wirtschaftlichen Treibens stellt, wenn er durch vielfache Anregungen alle Vorgänge des öffentlichen Lebens zu Betrachtungen und Urtheilen über die verschiedenen Parteien benutze, so sei es doch unvermeidbar, daß hierzu Stellung genommen werde. Zur Begründung dieser Ansicht weist Redner u. a. auf einen Vorgang der letzten Tage hin, der dem Volke die Aussicht auf erhebliche Mehrkosten für die

Marine eröffnet habe. Der Präsident bedürfe keiner Verstärkung der Disciplinargewalt. Er wende bereits jetzt ein allerdings außerhalb der Geschäftsordnung liegendes Mittel an, welches den Ordnungsruf wirksam ergänzt. Die Erklärung des Präsidenten, daß dies oder jenes unparlamentarisch oder nicht zulässig sei, werde von allen Seiten ohne Widerspruch entgegengenommen, obgleich solche Erklärungen in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen seien. Redner wendet sich energisch gegen die Absicht, zeitweilige Ausschließung eintreten zu lassen, indem er ein solches Verfahren als verfassungsmäßig und weit über das Disciplinarrrecht des Reichstages hinausgehend bezeichnet. Ebenso bekämpft der Redner die Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer und die Rüge für unentschuldigtes Fehlen als zwecklos. Man solle Diäten festsetzen, dann würde der Reichstag nicht so oft beschlußunfähig sein.

Abg. Dr. Bachem (Centrum) will Mittel suchen, um dem Präsidenten die Geschäftsführung zu erleichtern, aber dabei allerstrengstens die Immunität der Abgeordneten schützen. Zeitweiliger Ausschluß ist nach Ansicht des Redners unzulässig und gegen das Recht der Wähler verstoßend. Der Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer will der Redner näher treten, gegen die Rüge für fehlende Abgeordnete hat er jedoch große Bedenken.

Abg. Gump (freic.) ist für zeitweilige Ausschließung mit vorheriger Verwarnung.

Präsi. v. Levetzow erörtert den Vorfall am ersten Tage noch einmal. Redner verweist auf die begünstigen Bestimmungen in anderen Ländern und erwartet von einer derartigen Maßregel bei uns eine vorübergehende Wirkung. Die Kritik von Meinungen und Handlungen des Monarchen müsse unter allen Umständen ausgeschlossen sein, wenn auch die Ermährung einer bestimmten Thatsache nicht verhindert werden könne. Durch die Verstärkung der Disciplinargewalt im Hause könnte das Eingreifen von außen durch die Gerichte verhindert werden.

Abg. Guntler (nat.-lib.) findet, daß der Ordnungsruf nicht ausreicht. Im Lande herrscht Entrüstung über die Vorgänge im Reichstag. Redner will Beweis und Ausschluß auf Zeit. Artikel 27 der Verfassung giebt hierzu das Recht. Redner verlangt für den Präsidenten das Recht sofortigen Einschreitens ohne Beistand einer Commission.

Abg. Träger (fr. Bg.) vermißt formulierte Anträge und spricht sich gegen jede Milderung als unethisch und, falls Ausschluß in Frage kommt, als verfassungswidrig aus.

Abg. Graf von Limburg-Sturum (cons.) findet in der Verfassung kein Hinderniß, einen Ausschluß vorzunehmen. Die Abgeordneten können ihre Zunge im Hause halten. Redner plaidirt auch für Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer.

Abg. Bielefeld (ntl.) wendet sich besonders gegen die Zwischenrufe, die meist von den Socialdemokraten ausgehen und die unerträglich seien. Der Fall Liebknecht hat den Stein nur ins Rollen gebracht, der Anlaß wäre auch schon vorher gegeben gewesen. Redner schlägt für schwerere Vergehen gegen die Ordnung Beweis und in weiterer Steigerung zeitweiligen Ausschluß ebenfalls auf die Dauer der Session vor. Entscheidung hierüber sollen der Präsident und eine Commission von 8 Mitgliedern treffen. Verlesung an den Reichstag soll zulässig sein.

Abg. Koeren (C.) bekämpft diesen Antrag und erklärt sich gegen zeitweiligen Ausschluß, weil verfassungsmäßig sehr bedenklich und außerdem viel zu hart. Zu Ausschreitungen gegen die Ordnung seien übrigens die Socialdemokraten weniger geneigt, als z. B. der Abgeordnete Alshardt.

Vor Schluß der Generaldiscussion nimmt der Präsident noch einmal das Wort, um zu erklären, daß seine Wünsche bezüglich etwaiger Ausschließung lange nicht so weit gehen, wie der nationalliberale Antrag. Er begnüge sich damit, wenn es möglich werde, den betreffenden Abgeordneten von der weiteren Theilnahme an der Sitzung, in welcher der Vorfall passire, auszuschließen. Weigere sich der Abgeordnete, den Sitzungssaal zu verlassen, so solle der Präsident das Recht haben, die Sitzung aufzuheben. Nach dieser Erklärung wurde die Sitzung abgebrochen. Die Fractionen werden die Angelegenheit besprechen, damit die Commission in ihrer nächsten Sitzung, welche in acht Tagen stattfindet, event. bestimmt formulierte Anträge berathen kann.

In der Budgetcommission zeigte sich in den letzten zwei Tagen eine kleine Conflictwelle, die aber schließlich zerstreut wurde. Im Capital 20 des Militäretats wurde die Ausgabe für drei Commandantenstellen in Frankfurt a. M., Hannover und Altona verlangt, die im Etat 1890/91 als „künftig wegfallend“ bezeichnet worden waren. Die Stelle in Hannover war im Etat 1892/93 abgesetzt worden und die Stelle für Rastatt wurde als „künftig wegfallend“ bezeichnet, weil Rastatt als Festung eingest.

Die Militärverwaltung gab sich alle Mühe, zu beweisen, warum sie im Widerspruch zu ihrer früheren entgegengesetzten Meinung jetzt die Commandantenstellen für unentbehrlich halte, fand aber damit in der Commission wenig Gegenliebe. Als nun der Abgeordnete von Rastatt in der Freitagssitzung der Commission durch eine einem anderen Zwecke dienende Anfrage mittheilte, daß der Commandant in Altona im letzten Jahre in Pension gegangen sei, veranlaßte dies den Abgeordneten Dr. Schädler zu der Anfrage, ob mittlerweile die Stelle wieder besetzt worden sei. Seitens der Militärverwaltung wurde dies, keineswegs freudig, zugegeben. Darauf erklärte der Abg. Richter, daß es sich hier um eine Verletzung des Staatsrechts des Reichstages handelte; im Widerspruch mit den Beschlüssen des Reichstages sei die Stelle besetzt worden, das sei ein Vorgang, wie er bisher im Reichstage sich noch nicht zugetragen habe und der Reichstag habe alle Ursache, diesem ersten Versuch, sein Staatsrecht in Frage zu stellen, entschieden entgegenzutreten. Er erklärte, dementsprechend eine Resolution einzubringen. Der Kriegsminister und der Unterstaatssecretär des Reichskriegsamt, Achenborn, erkannten an, daß es sich um eine Staatsverletzung handele, die der nachträglichen Genehmigung des Reichstages bedürfe. Der Kriegsminister speciell erklärte, daß er bona fide gehandelt und ihm gänzlich fern liege, einen Schlag gegen das Budgetrecht des Reichstages zu führen, wie der Abgeordnete Richter behauptet habe. Abg. Bielefeld stimmte dem Ab-

geordneten Richter zu. Der Vorgang sei sehr eigentümlich. Auffallend sei, daß man die Sachlage erst durch eine zufällige Anfrage erfahre, nachdem man mehr als eine Stunde über den Statistiker verhandelt habe, wobei die Herren von der Militärverwaltung mehrfach das Wort genommen hätten, ohne auch nur eine Andeutung über die Sachlage zu machen. Schließlich wurde die Verhandlung abgebrochen, nachdem Richter Vorlage der Akten über die Verhandlungen zwischen Kriegsministerium und Reichsgericht verlangt hatte.

In der Sitzung am 14. Januar kam der Kriegsminister auf den Fall zurück. Nach längerer Debatte wird folgender Antrag des Abg. Schäfer angenommen: Die Commandantenstelle in Frankfurt am Main und Altona als künftig wegfallend zu bezeichnen, die in Hannover als aufgehoben anzusehen, dagegen die Stelle in Rastatt als „künftig wegfallend“ aufzuführen.

Richter verlangt, daß über den ganzen Vorgang schriftlich Bericht an das Plenum erstattet werde und die Erklärungen des Kriegsministers und des Staatssekretärs wörtlich Aufnahme finden. Diesem Antrag wird stattgegeben.

Italien

Desferre-Hungarn.

Was ist's mit der Wahlreform? Aus Wien wird unterm 14. d. M. telegraphirt: Eine Meldung der politischen Mütter besagt, die Wahlreform werde in der Frühjahrsession nicht an das Plenum des Abgeordnetenhauses gelangen; die Beratungen würden nun im Ausschusse fortgesetzt. — Es bleibt also bei derselben Verfassungsgestaltung wie früher.

Italien.

Der Abgeordnete De Felice-Giuffrida, welcher vor einigen Monaten von dem samojen Kriegsgerichte in Palermo wegen „revolutionärer Umtriebe“ zu achtzehn Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde und seine Strafe im Zuchthause zu Volterra verbüßt, ist, wie der „Vorwärts“ mittheilt, lebensgefährlich erkrankt. De Felice hat mehrere Male heftige Blutergüsse aus dem Munde gehabt, und seine kräftige Körperverfassung wurde dadurch so ruiniert, daß er jetzt genöthigt ist, sich beim Geben der Krücken zu bedienen und sich von den Gefängniswärtern führen und stützen zu lassen. Die ungewöhnliche strenge Kälte und das ungelagerte Schneewetter, welche diesmal den Winter in Volterra charakterisiren, haben der Gesundheit des Abgeordneten von Catania den Rest gegeben. Seine Familie lebt inzwischen in Rom in einem elenden Kammerchen des Sforza-Casarina-Quartals, dem bittersten Elende preisgegeben. Welcher Unterschied zwischen ihm und Crispi, dem „deplorato“! Welcher Unterschied zwischen der Familie des Ministers und der des ehrenvollen Verurtheilten! Die officiellen Blätter suchen, nach einem Communiqué aus dem Ministerium des Innern, die ersten Nachrichten über De Felice's Gesundheitszustand abzuleugnen, jedenfalls um nicht einen Schaden auf das trübliche Hochzeitsfest im Hause Crispi zu werfen; man setzt bei Crispi merkwürdiger Weise noch Gewissen voraus und glaubt, daß ihn traurige Nachrichten über seine Segner betrüben könnten. Nach den besten Informationen, die kein Dementi fürchten, können wir jedoch versichern, daß De Felice wirklich sterbenskrank ist und wahrscheinlich bald im Zuchthause sein Ende finden wird. Crispi darf zufrieden sein — die Zuchthausluft hilft ihm an Kräften unter seinen Gegnern.

— Crispi läßt aus Rom telegraphiren, daß sich seine Abreise aus Neapel zu einer imposanten Kundgebung für ihn gestaltet habe. Schließlich ist auf der Welt alles möglich, und so kann es sein, daß die Kuratormaille von Neapel sich bis zu Crispi erniedrigt. Aber dieses Subject will die Welt auch glauben nicht, daß 3000 Arbeiter mit bengalischen Lichtern und Musik sich nebü „allen Behörden, Senatoren und Deputirten“ eingefunden hatten, um ihn und seine Kollegen zu „begrüßen“. Die Arbeiter den Crispi „begrüßen“, hat ihn unter Anderem der britische Empfang in Mailand bezogen. Wir möchten auch sehr bezweifeln, daß sich Crispi ohne den Schutz seiner Gardabanden unter Arbeiter überhaupt getrauen würde. Vielleicht würden sie ihn nach bengalischer Belichtung, als dies in Neapel der Fall gewesen. Welche Art Leute man da als Arbeiter bezeichnet haben wird! Wahrscheinlich hat Crispi die Zuchthäuser von Neapel geschickt und sich von seinen künftigen Collegen halbtönen lassen.

— In Mailand finden nächsten die Communalwahlen statt; alle 64 Gemeinderäthe sind zu wählen, da jetzt Mailand von einem Regierungskommissar verwaltet wird. Der besten Kurat der ganze Rath andergeriprecht wurde. Früher, bei den Crispiwahlen, fanden sich vier Parteien gegenüber: Gemäßigte (Moderati), Liberaler, Radikale und Sozialisten. Jetzt werden jetzt vier kombiniert: Radikale und Liberaler sind verbunden gegen Radikale und Sozialisten.

Die Letzteren bedangen acht Candidaten ihrer Partei in die gemeinsame Liste aufzunehmen. Mehr als je tritt der politische Charakter im bevorstehenden, vornehmlich sehr heftigen Kampf bei den Gemeindevortreterwahlen hervor.

Frankreich.

Das Ministerium Dupuy ist gefallen. Das schwache Urtheil des Staatsrathes wegen der Zinsengarantie der Südbahn hat dem Fuß den Boden ausgehauen. Nachdem Jaurès in der Kammer den schändlichen Betrug enthüllt, welchen die Bahnen mit der Garantie des Staates treiben, nachdem die Regierung, um den Sturm des Unwillens zu beschwören, erklärt hatte, daß die Verpflichtungen des Staates im Jahre 1914 erlöschen, hat das Ministerium Dupuy, diese Meister der Corruption, die Sache vor einen jugendlichen Staatsrath gebracht, um die Entscheidung zu Gunsten der Bahnen zu provozieren. Die Sozialisten in der Kammer haben das öffentliche Gewissen verkörpert, als sie die Untersuchung der Schuldverträge vorgetragen, welche beim Abschluß der Bahnverträge vorgefallen sind. Dupuy hat nicht mehr den Muth gehabt, diese Forderung abzuweisen. Die Kammer nahm den Antrag Millerand an und es war im gleichen Augenblicke klar, daß sie damit ihr Urtheil über die Regierung selbst gesprochen hat. Mit dem Falle Dupuy's vollzieht sich der erste Ministersturz unter der Präsidentschaft Cahur-Perier's. Diese Regierung war ein Werkzeug in der Hand des ehrgeizigen Präsidenten, sie hat alle Freiheiten des Landes angefaßt, Recht und Gerechtigkeit mißhandelt. Aber das Votum der Kammer, in der jetzt die Sozialisten die Führung übernommen haben, zielt höher. Es geht gegen den Präsidenten, und der Tag wird kommen, wo auch diese Säule der capitalistischen Ausbeutung fallen wird.

Amerika.

— Eine Cabinetkrise wird nach Meldungen aus Buenos-Ayres befürchtet, da der Präsident Saenz Pena die von den Ministern vorgeschlagene Amnestie verweigert. Brasilien, Argentinien und Chili unterhandeln unter den Aupicien der Vereinigten Staaten wegen der Abrippingung.

Parteiangelegenheiten.

Den Vertrauenspersonen der Partei, welche die Vorwahlen für das 1. Quartal des „Vorwärts“ einzuhalten haben, diene zur Motivierung, daß die Kundgebung der Parteigenossen in der nächsten Zeit erfolgen wird.

Die Sabotageaktion in Würzburg ist in vollem Gange. Die meisten der sozialdemokratischen Candidaten befinden sich gegenwärtig auf Agitationsreisen. Genosse Dietrich-Zumang ist nach Würzburg in Sontheim und Stenzen, wo auch bei den Kandidaten ein guter Erfolg zu bemerken war. — Im Wahlkreise Heilbronn wurde die Besetzung mit der Besetzung von 6000 Jungmännern eingeleitet.

Bei der Gewerbrauereiwahl in Nürnberg liegt die Liste der vom sozialdemokratischen Forum „Vorwärts“ aufgestellten Candidaten. Von 20 abgegebenen Stimmen erhielten unsere Kandidaten 20.

Arbeiterbewegung

Wahung, Zucht! In der Absicht des Herrn Schulz in Hildt und die Arbeiter in Streit getreten. Es wird gehoben, den Jüngling fern zu halten.

Der Sicherheitsrat bei der Firma Lange in Rottung-Immo demot hat. Die Streikenden rufen die Intervention des Gewerkschaftsbundes von Wiener-Nachdruck an. Es kam kein Verdict. Lange weigert sich, das Streikkomitee zu empfangen und die angebotenen Forderungen zu bewilligen. Nur die notwendigen Anweisungen will er zugehen. Auf die unangebotenen Schutzverordnungen konnte der Präsident bei seinem Besuche leider nicht aufmerksam gemacht werden, weil von den Arbeitern niemand in die Werkstätte eingelassen wurde. In Folge der Ablehnung der Forderungen dauert der Streik fort und in der Folge von Göttingen nach Rottung-Immo ferngehalten.

Ein Gewerkschaftsbericht hat 15 in Göttingen gehalten; alle besten Thätigkeit beweisende Leistungen sind zu nennen an H. Müller, Götting, Schmittler u.

Die organisierten überreichlichen Lohnwähler sind, wie die „Zeit-Schreibers-Zeitung“ mittheilt, im Begriff, die letzten Forderungen der Forderungen anzugeben und eine Generalorganisation zu bilden. Die ersten Schritte dazu sind schon gethan und auch das Comitee von der Behörde genehmigt.

Soziale Uebersicht.

Gewerkschafts-Bundesrat. Der Berliner Volkszeitung wird geschrieben:

In meinem Nachbarort Hildburghausen gegenwärtig nach dem Vorgange Hamburgs, Stettins und anderer Städte Gewerkschaften über die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter. Hier hat Rostock bereits im September 1. d. von einem heftigen Streik herab eine solche Comitee angefaßt und, um die letzten Schritte auf die bei dieser Gelegenheit zu Tage gekommenen, alle Forderungen nach hinter sich zu lassen, Uebersicht zu machen, welche von der Kommission der „Volkszeitung“ der gewerkschaftlichen Organisation mitgetheilt worden ist.

hat sich die Regierung nunmehr in dankenswerther Weise der gerade für den genannten Ort so ungemein wichtigen Sache angenommen und den Leiter der dortigen Gemeindefschulen beauftragt, das nötige Material umgehend zu sammeln und einzureichen, was auch bereits im Laufe der vergangenen Woche geschehen ist. Die Fragen 3-6 der jedem Lehrer zwecks Ausfüllung zugestellten Formulare:

- 3. Wie viel von den gewerblich nebenbeschäftigten Kindern betreiben ihre Beschäftigung länger als vier Stunden täglich,
4. vor 6 Uhr Morgens,
5. nach 9 Uhr Abends,
6. auch an den Sonntagen?

deuten darauf hin, in welcher Richtung die Regierung die größten Uebelstände erblickt und eine Abhilfe am dringendsten für nötig hält. Wie überaus notwendig eine solche in der That ist, beweist zur Genüge der keineswegs vereinzelt dastehende Fall, daß Kinder der sechsten Klasse, also Schüler bezw. Schülerinnen von 6-7 Jahren, bereits früh Morgens um 1/4 Uhr dem gerade für dieses Alter so notwendigen Schlummer entrissen werden, um durch den Verdienst von einigen Pfennigen pro Tag die vielfach in den Familien herrschende Noth (durch das Austragen von Milch, Backwaaren, Zeitungen etc.) lindern zu helfen. — Und eine derartige „Ordnung“, solche Zustände will man in gewissen Kreisen vorzuziehen. Das ist nicht nur keine Ordnung mehr, sondern die größte Corruption die sich denken läßt, es ist hinführend. Eine gesellschaftliche „Ordnung“, welche die Kinder jenseits Alters zu erdörender Lohnflawerei zwingt, ist verächtlich.

Die Verhältnisse der Buchdruckerien Münchens.

Am 15. October vorigen Jahres wurde, wie wir der „Münch. Post“ entnehmen, in den Münchener Buchdruckerien eine Statistik aufgenommen, die eine genaue Uebersicht über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Buchdruckerarbeiten gestattete und daher auch für weitere Kreise von Interesse sein dürfte, um so eher, als in Arbeiterkreisen noch vielfach die irrige Ansicht verbreitet ist, als wäre der Beruf der Buchdrucker einer derjenigen, der neben einer sicheren Existenz auch die höchsten Löhne aufweise. — In München sind zur Zeit 84 Buchdruckerien, welche im Gesammten 930 Gehilfen und 295 Lehrlinge beschäftigen. Von den ersteren sind 682 Verbandsmitglieder (incl. Kranke und Conditionslose), 336 Nichtverbandsmitglieder. Die Gehilfen vertheilen sich: 48 Factoren, 20 Correctoren, 674 Seizer, 145 Maschinenmeister und 31 Stereotypen. Wie gerade in diesem Berufe die Lehrlingszuchterei um sich greift, beweist der Umstand, daß am 15. October um 47 Lehrlinge mehr beschäftigt wurden, als am Anfange dieses Jahres.

Entlohnung werden 422 Gehilfen über Minimum (das Lohnminimum beträgt für München 23 Mk. 58 Pf.), 277 zum und 73 unter Minimum, während 18 Gehilfen im Berechnen (Accord) standen; von 39 wurde der Lohn nicht genau ermittelt, doch dürften von letzteren mindestens die Hälfte unter dem Minimum bezahlt sein. Hauptächlich sind es die kleineren Geschäfte, die ihre Gehilfen mit Löhnen zwischen 10 Mk. bis 18 Mk. abfertigen, doch sind hiervon auch einige bessere Firmen nicht ganz freizusprechen.

Die Arbeitszeit beträgt in 3 Druckerien 9 Stunden, in 11 9 1/2, in 50 10 und in 1 Druckerie 10-11 Stunden, während von 19 Druckerien die Arbeitszeit nicht angegeben ist.

Wenn wir unter die kleinen Druckerien alle jene rechnen, welche unter 10 Gehilfen beschäftigen, so sind von den 84 Geschäften 63 unter diese Kategorie zu zählen und diese beschäftigen 178 Gehilfen und 160 Lehrlinge, während die 21 größeren Firmen 752 Gehilfen und 135 Lehrlinge beschäftigen. Besondere Lehrlingszuchtereien sind die Firmen: Bed. Ludm. 2 Geh. 4 Lehrl., Bidel 4 : 5, Bof. Otto 3 : 4, Dehler 4 : 5, Höller 2 : 3, Höfling 7 : 9, Krämer 4 : 5, Köhl 6 : 8, Schmittmann 4 : 5, Sommer 1 : 5, Wolf und Bradarutti 1 : 3, Rechner 1 : 2, Maderer 1 : 2, Rudolf 1 : 2, Wenzel 1 : 2, während die Geschäfte Bed. M., Buchner, Hauser keinen Gehilfen, aber 1 bis 2 Lehrlinge beschäftigen. Der Lehrlingslohn nicht entsprechend und zum Theil sehr ungenügende Lehrlingslöhne weisen auch noch auf die Druckerien: Braunhofer, Doppler, Juller, Gaunter, Gradinger, Hauser, Huber, Grasmus, Lindl, Maurer, Moisel, Kögl, Döbrich, Schreiber, Schuh u. Comp., Seyfried, Stahl, Wank u. Comp., Wildenauer, Wolf u. Sohn.

Erwähnenswerth dürfte sein, daß höchstens die Hälfte der Gehilfen in sogenannten dauerndenstellungen sich befindet, während die andere Hälfte blos periodisch in Verwendung steht und die übrige Zeit entweder arbeitslos am Ort oder auf der Landstraße sich befindet und für sich und ihre Familien alle irdischen Entbehrungen ertragen muß.

So befanden sich am 15. October 45 Verbands-Mitglieder und mindestens ebenso viele Nichtverbands-Mitglieder arbeitslos und ca. 45 Gehilfen krank am Orte, hierunter viele, welche sich schon 10 Wochen und länger außer Arbeit befanden. Und dabei ist Mitte October für die Buchdruckerbranche eine der günstigsten Geschäftszeiten und man darf annehmen, daß durchschnittlich der achte Theil der Gehilfen immer ohne Arbeit ist. Man erzieht hieraus, daß die „horrenden Löhne“ durch Arbeitslosigkeit etc. sehr reduziert werden.

Nicht zu vergessen ist aber, daß noch eine hübsche Anzahl Buchdrucker in anderen Berufen thätig ist, die hauptsächlich wegen fortwährenden Arbeitsmangel ihrer „Kunst“ untreu wurden. Und trotzdem drohen durch die große Zahl der Lehrlinge die Ausführenden noch ungenügender zu werden, wie auch die immer sicherer vordringende Geschäftliche auch noch viele Arbeiter überflüssig machen wird. Und welche Klagen erlösen erst über die sanitären Verhältnisse der Druckerien. Nicht nur, daß die Arbeitsloose für die Anzahl der Beschäftigten zu klein, mangelt in den meisten Räumen jede Ventilation, Licht und die vor Allem so ungemein notwendige Reinlichkeit. Und nehmen wir erst die ungeheure Ausbeutung, welche die meisten in den Lehrlingjahren durchmachen müssen, indem sie trotz ihrer oft schwächlichen Natur zu schweren Lasten tragen, Radfahren und bei denkbar schlechtestem Licht zu fortwährenden Nachtarbeit etc. angehalten werden. Es ist daher nicht verwunderlich, daß ein großer Theil sich und elend- und ungenügend ist.

# Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volksmacht“)

**Aus dem Reichstage.** Die heutige Innungsdebatte, die sich an die gestrige Interpellation des Freiherrn Heyl zu Herrnsheim knüpfte, hielt sich in mäßigen Grenzen. Die Vertreter der Haupt-Parteien sahen zum so und so vielen Male ihrer Ansicht über den Werth oder Nichtwerth der Zwangsinnungen aus, auch die Minister von Bötticher und von Berlepsch hielten kurze Reden. Von besonderer Aufregung gegen die Regierung war diesmal auf der Rechten und im Centrum nichts zu spüren, weil die Regierung diesen Herren ja thatsächlich ein Stück entgegenkommen. Sie ist ja jetzt dabei, an dem kranken Leib des Handwerks mit allerlei Organisationsmitteln herumzupfuschen. Daß diese Mittelchen allesamt nichts nutzen werden, daß es nur eine Frage der Zeit sein kann, bis alle Handwerker zu der Einsicht gelangt sind, daß ihnen von der capitalistischen Gesellschaft der Untergang droht, alles Heil aber ihnen nur in der socialistischen Gesellschaft erblicken kann, wissen unsere Genossen und dem gab auch der Redner unserer Partei, Genosse Bock, am Schlusse seiner Ausführungen kräftigen Ausdruck. Vorläufig verschließen sich die Gegner freilich noch dieser Ansicht und mit den alten Gründen und Schlagwörtern kämpfte der frühere Caplan, jetzige Professor Hise, für die ständische Organisation des Handwerks auf der Grundlage des katholischen Glaubens, schimpfte der conservativ-antifemistische Schneidermeister Jakobskötter aus Erfurt auf die schändliche Gewerbefreiheit, vertrat Eugen Richter den alten einseitigen Manchester-Standpunkt. Genosse Bock wies schlagend nach, wie in unserem Zeitalter der Großindustrie der kleine Handwerker naturnothwendig von dem Großindustriellen zermalmt werden muß, er wies das schlagend nach an zwei Paar Damensstiefeln, die er auf den Tisch des Hauses niederlegte. Das eine Paar war handgearbeitet, das andere in der Fabrik hergestellt, ihr Werth ist völlig gleich, das handgearbeitete Paar nur doppelt so theuer. Die beiden Paar Stiefeln wanderten von Hand zu Hand, selbst die Minister musterten sie eingehend; ob den Herren aber dieses handgreifliche Beispiel zu denken gegeben hat, ist mehr als zweifelhaft, da die Vertreter unserer bürgerlichen Gesellschaft eben nicht denken wollen.

15. Sitzung.

Dienstag, den 15. Januar 1895, Nachmittags 2 Uhr.

Präsident von Seefeldt eröffnet die Sitzung. Am Bundesrathstische von Bötticher, von Berlepsch. Die Verathung der Interpellation Heyl betr. die Einführung von Handwerker- und Gewerbesteuern wird begonnen durch den

Abg. Hise (Str.) Es sei erfreulich, daß von Seiten der nationalliberalen Partei das Thema des Handwerkerschutz in dieser Weise angegriffen worden sei. Auch der Regierung gebühre Dank für den warmen Ton, mit dem ihr Vertreter dem Handwerkerstande seine Sympathie zu erkennen gegeben habe, andererseits könne man der Regierung den Vorwurf nicht eriparen, daß sie eine unbedenklische Landpolitik in dieser Frage sich habe zu Schulden kommen lassen. Die Vorschläge des Herrn von Berlepsch bedeuteten einen Fortschritt, namentlich in Bezug auf das Lehrlingswesen, aber was sich die Regierungen davon aneignen werden, habe Herr von Bötticher leider nicht gesagt. Das Centrum sei für die Forderung, daß Handwerkerinnungen errichtet werden sollten, dankbar, aber die Erfüllung aller Wünsche des Handwerks könnten sie nicht sein. Die Hauptforderung seien doch die obligatorischen Innungen, diese müßten von den Handwerkerkammern ergänzt, dürfen aber nicht von ihnen verdrängt werden. Die Handwerkerkammern müßten auch weiter gehen wie die Landwirtschaftskammern und ähnlich wie die Anwaltskammern Disziplinbefugnisse haben. Die Stimmung sei den obligatorischen Innungen allerdings nicht allenthalben günstig, aber man sollte das Majoritätsprincip in dieser öffentlich rechtlichen Frage nicht anwenden. Der bayerische Landtag habe sich für den Befähigungsnachweis mit sehr großer Mehrheit ausgesprochen und dieser habe sehr enge Fühlung mit dem Volke. Die Innungen seien auch anzustreben im Sinne eines weiteren Ausbaues der Socialgesetzgebung. Der Handwerkerstand solle nicht verzweifeln und nicht den Muth verlieren. Wenn er an die Gerechtigkeit seiner Forderungen glaube, werde er sie auch erkämpfen können.

Abg. Richter (freif. Volksp.). Er sei ein Gegner jeder amtlichen Organisation von Berufen; in unserer Zeit machten sich dreiste Sonderbestrebungen genug geltend. Das freie Vereinswesen werde viel förderlicher sein, das Hinderniß freilich, daß die Berufsvereine nicht in Verbindung treten dürfen, müsse beseitigt werden. Freiwillige Corporationen seien viel wirksamer, als Handwerkerkammern und ähnliche Zwangsvereinigungen. Auch mit den Zwangsversicherungsgeetzen sei man in Deutschland viel weniger einverstanden, als die Regierung es darstelle. Das Ausland habe gar keinen Grund, uns um das Alters- und Invalidengesetz zu beneiden. Man rufe überall: genug des Lebens! Zu seiner (Redners) großer Bewunderung habe sich der Minister von Bötticher zu Gunsten der Handwerkerkammern auf die Landwirtschaftskammern bezogen. Mit sich und Krach sei die Organisation der Landwirtschaftskammern im Abgeordnetenssaale zu Stande

gekommen. Zahlreiche landwirtschaftliche Vereinigungen hätten sich gegen diese schablonisirte uniformirte Einrichtung erklärt. Auch der Hinweis auf die Handelskammern sei hin-fällig. Die Handelskammern stammten aus der Zeit vor 48, als es noch gar kein freies Vereinswesen gab. Auch seien die Handelskammern nur fakultativ, und seien nicht einmal gefragt worden, als es sich um die großen Ueberungen in der Wirtschaftspolitik handelte. Noch niemand sei im Stande gewesen, zu sagen, wo das Handwerk eigentlich an-fange. Im Entwurf des Herrn v. Berlepsch werde als mechanische Grenze und Merkmal die Beschäftigung von weniger als 20 Gehilfen gesetzt. Dadurch werde auseinander gerissen, was zusammengehöre. Welcher Unterschied bestehe zwischen einer Druckerei, die zwanzig und einer, die fünf- und zwanzig beschäftige? Redner schlägt vor, das Wahlrecht zu den Handelskammern zu erweitern, um das Kleingewerbe und Handwerk an einer Organisation zu beteiligen. Jeder, der Gewerbesteuer zahle, solle das Wahlrecht zu den Handelskammern erhalten. Die darin neu vertretenen klein-bürgerlichen Elemente würden durch ihre Zahl ein wohl-thätiges Gegengewicht gegen den Einfluß der Commerzien-räthe und Großkaufleute bilden. Redner kritisiert die Berlepschen Pläne und erklärt sie für unausführbar und schädlich für das Handwerk. Der Abgeordnete Hise schwärme dafür, daß Lehrlinge nur von Meistern aus-gebildet werden dürfen. Ja, bilde denn der Buchdrucker- besitzer z. B. den Lehrling aus, oder der Factor, der Metzger, der Maschinenmeister? Herr v. Bötticher habe aus den Berlepschen Plänen nur die Handwerkerkammern herausge-nommen und erörtere ihren Unterbau und ihre Aufsichts-instanz, die Fachgenossenschaften aber gar nicht gestreift. Wenn man eine Organisation der Arbeitgeber im Handwerk schaffen wolle, so könne man es nicht ablehnen, auch eine Organisation der Arbeitnehmer zu bilden, obwohl unzweifel-haft diese Gehilfenorganisation socialdemokratisch sein würde, ja in manchen Städten, wie die Erfahrungen beim Gewerbe-gerichte bewiesen hätten auch die Meisterorganisationen. Wenn schon, denn schon! Entweder man lasse die Organisation des Handwerks überhaupt, oder man nehme die Socialdemokratie mit in den Kauf! Die Handwerkerkammern erschienen ihm (Redner) zur Trockenlegung der Innungen bestimmt. Auch die Hoffnung des Herrn von Bötticher, daß die Handwerkerkammern dazu berufen seien, die sachkundigste Auskunft und den besten Rath über die Frage der Zwangsinnungen zu ertheilen sei, irrthümlich. — Um auf die Gesetzgebung Einfluß zu üben, genüge es nicht, ein guter Handwerker zu sein, man müsse über sociales Wissen verfügen. Das Zurückziehen der Berlepschen Pläne auf das Maß, das die gestrige Rede des Herrn v. Bötticher bezeichnet habe, erscheine als ein Act der Berlegenheiten, wie er in den Zeiten raschlebender Ministerien nicht weiter her-wunderlich sei. Man denke dabei an die berühmte Commission, die die sociale Frage in 24 Stunden lösen wollte. Nicht von oben herab, durch den Staat, von unten herauf müsse dem Handwerk geholfen werden, auf dem Wege der freien Vereinigung unter Benutzung der in den letzten Jahren zahl-reich geschaffenen Rechtsformen. Bei den Innungsmännern viele übrigen die liebe Eitelkeit, die Sehnsucht nach einem Titel, wie Obermeister, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Je eher das deutsche Handwerk den ganzen Blunder der Zünftlerei ins Feuer wirft, desto rascher wird es den Boden wieder gewinnen, den es früher hatte. (Beifall links.)

Handelsminister Freiherr von Berlepsch: Herr Richter hat mit der Deutlichkeit und Consequenz, die wir an ihm gewohnt sind, seinen manchesterlichen Standpunkt hier vertreten. Er ist Gegner jedes Eingriffs des Staates in das wirtschaftliche Geriebe. Er sagt: Was gesund ist, bleibt gesund, was schwach ist, bleibt fränklisch trotz aller Ge-setze. Auf diesem Standpunkt steht die preussische Gesetz-gebung seit Jahren nicht mehr. Herr Richter irrt, wenn er bestreitet, daß die Handelskammern obligatorische Gebilde sind. Dort wo sie bestehen, muß jeder Gewerbetreibende zu ihren Kosten beitragen. Die Innungen sind schwach geblieben, weil es für sie an einer ähnlichen Bestimmung fehlt. Das muß anders werden. Die Lehrlingserziehung und -Aus-bildung müsse gebessert werden. Das hätte die Kritik seiner Vorschläge allgemein anerkannt. Er hoffe, daß noch in diesem Jahre eine Vorlage über die Handwerkerkammern vorgelegt werden könne, wie sich der Unterbau dieser Kammern gestalten werde, das werde die Organisation des Handwerks ergeben müssen. (Beifall rechts.)

Abg. Jakobskötter (deutschconl.): Das Wohl-wollen des Ministers von Bötticher sei ihm sehr platonisch erschienen. Die Ausführungen des Ministers von Berlepsch hätten erfreulicher geklungen. Die Innungen seien für das Handwerk unbedingt nothwendig. Herangezogen werden müßten nur die wohlhabenden Handwerksmeister, die sich von den Innungen fernhielten. Von der Wiege bis zur Bahre unterliege das menschliche Leben fortwährendem be-hörlichen Zwang. Die Erziehung vor dem Standesamt, die Anmeldung der neugeborenen Kinder vor dem Standesamt sei vielen lästiger Zwang, warum solle nicht der Handwerker zu den Innungen werden, einer Innung anzugehören? Die Be-gründung des Ministers, daß nur 10 pCt. der Meister-Organisation der Innungen seien, sei nicht zureichend. Wo sei die Statistik dafür gemacht worden? Der Staat habe die dringende Pflicht, den Mittelstand zu stärken, das Hand-werk sei der Kern des Mittelstandes. (Sehr wahr rechts.)

Abg. Bock (Socialdem.): Seit die beiden typischen Vertreter des Handwerkerstandes Adermann und Viehl, die sonst mit gewohnter Regelmäßigkeit die Leiden des Hand-werkerstandes hier vortrugen, dem Hause nicht mehr an-gehören, sind dem Handwerkerstande aus den Reihen der Großindustriellen, aus den Nationalliberalen, neue Freunde entstanden. Man muß an das Lächeln von Anguren denken, wenn diese neu erstandenen Freunde und die Handwerker-freunde auch der Rechten sich begegnen. Die Freundschaft, die dem Handwerkerstande von dieser Seite erblickt ist nicht weit her. Ich mache Sie gar nicht dafür verantwortlich, daß die dem Handwerkerstande von dieser Seite erblickt ist nicht weit her. Es liegt in der Natur der Sache. Sie sind die Vertreter der Großindustrie. (Oh! Oh! rechts und bei den National-liberalen.) Die Großindustrie ist es, die den Handwerker vernichtet. War die Rettungsgeschichte des Handwerks in den letzten Jahren etwas langweilig geworden, so fängt sie jetzt nachgerade an tragikomisch zu werden. Die National-liberalen als Freunde des Handwerkerstandes, das ist einfach

tomisch. Tragisch aber, wer wollte es leugnen, ist die Lage der Handwerker in der That. Schwer haben sie um ihr Brot zu kämpfen, und auch wir bringen ihnen die größte Sympathie entgegen und haben das lebendigste Mitgefühl für ihre Leiden. Leben wir doch täglich mit ihnen zusammen. Aber wir täuschen die Handwerker nicht, wir sagen ihnen die Wahrheit, sagen ihnen, daß ihnen mit dem Befähigungs-nachweis, den Zwangsinnungen und den Handwerkerkammern nie und nimmer geholfen werden kann; (Sehr richtig! bei den Sociald.) daß für sie im heutigen Wirtschaftsleben eine Existenzbedingung nicht mehr vorhanden ist. Sie müssen zu Grunde gehen, und wenn die Gesetzgebung noch so weise für sie sorgt. Sollten darüber auch noch die Herren v. Bötticher, Berlepsch und noch ein Duzend Minister stürzen, ihre Nach-folger werden ebensowenig in der Lage sein, die Weisheit zu ergründen, wie innerhalb der modernen großindustriellen Entwicklung noch Raum geschaffen werden soll für die hand-werksmäßige Production. (Sehr richtig bei den Sociald.) Nicht die Gewerbefreiheit ist die Ursache der Leiden der Hand-werker. Die Großindustrie verlangte Raum für ihre Be-thätigung, sie sprengte die Fesseln und führte zur Gewerbe-freiheit. Und an dieser Entwicklung werden Sie alle mit-einander, wie Sie hier im Hause vorhanden sind, nicht mehr rütteln können. Wir begreifen ja, daß Sie ein Interesse daran haben, den Mittelstand zu erhalten. Aber die Mög-lichkeit fehlt Ihnen dazu. Was hat die Regierung bisher nicht alles schon gethan für die Handwerker. Bei der Kranken-, bei der Unfallversicherung hat sie ihre Interessen berücksichtigt; sie hat ihnen Innungsprivilegien eingeräumt, hat die Gewerbegerichte ihrer besonderen Jurisdiction überliefert. Sie hat alles gethan, was sie thun konnte, nur das nicht, was Rechte und Centrum fortwährend von ihr verlangten. Aber wenn die Herren v. Hammerstein, v. Heyl und Hise heute Minister wären, könnten sie in der Ausführung ihrer Pläne kein Haar breit weiter gehen, als das jetzige Ministerium. (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.) Die Handwerker erklären nun: alles, was wir bisher erhalten haben, ist lediglich eine nichtsagende Abschlagszahlung. Unsere letzten Forderungen sind Zwangsinnungen und Be-fähigungsnachweis. Läßt sich denn der Befähigungsnachweis überhaupt wieder einführen? Das bestreitet selbst Freiherr v. Herrling, der langjährige Wirtschaftspolitiker des Centrums. Er würde dem Handwerker absolut nichts mehr einwerfen. Ich habe auf den Tisch des Hauses ein paar aus einer Schuhmacherwerkstatt hervorgegangene, mit der Hand gearbeitete Stiefeln und ein paar Stiefeln hingestellt, bei denen auch nicht der geringste Theil mit der Hand gemacht ist, die nur von Maschinen hergestellt. Niemand wird im Stande sein, einen Unterschied herauszufinden. Die Maschine hat ihren Befähigungsnachweis glänzend erbracht. Sie und die großen Bazare — nicht der Mangel des Be-fähigungsnachweises — erdrücken den Handwerker. Sie führen ihn an der Nase herum, wenn Sie das nicht offen aussprechen. (Oh! aus dem Centrum) Der Großbetrieb. — Redner weist dies an einem Beispiel nach — kann sich mit viel geringerem Nutzen begnügen als der Kleinbetrieb. Er producirt billiger und deshalb liegt er im Concurrenz-kampf. Nehmen wir einmal an, der Befähigungsnachweis, die Zwangsinnung, würden eingeführt. Unsere kleinen Hand-werker wohnen in den großen Städten, meistens auf dem Hofe, zwei, drei Treppen hoch. Was nützt da dem Innungs-meister sein Patent, wenn sich vorn im Hause ein prächtiges Magazin befindet, das jedes Paar 3 bis 4 Mk. billiger liefert, als es der kleine Handwerker vermag? Wird das Publikum ins Magazin oder zum Innungsmeister laufen? Sie selber kaufen zum größten Theil sicherlich auch in Bazaren. Denn es ist eine sonderbare Geschichte mit der Handwerkervertretung. Vor einigen Jahren kam die Nachricht, daß in Darmstadt der bedeutendste und berechtigte Vertreter des Handwerkerstandes seine Arbeit im Zuchthause fertigen ließ. Wollen Sie oder die Regierung etwa das Maschinenwesen ganz ver-bieten? Das wäre noch ein W.g. Und Handwerfertage haben es auch bereits gefordert. Aber Sie werden nicht geneigt sein, den Befähigungsnachweis auf die Fabriken auszudehnen. Es geht eben nicht. Eine Fabrik fertigt z. B. fünf, sechselei Gegenstände. Für welchen Artikel soll der Fabrikant den Befähigungsnachweis erbringen. (Zurück rechts: Für alle.) Dann hat er Zeit seines Lebens zu lernen, wenn er auf jeden Artikel nach dem Berlepschen Plane 3 Jahre zu lernen hätte, und würde überhaupt nicht zu seinem Geschäfte kommen. Das Einzige, was dem Handwerkerstande heute noch geblieben ist und womit ein großer Theil sich tröstet, ist, daß sie sagen: ja, ein kleiner Rest vom Hand-werkerstande wird sicher stehen bleiben; wir seien das ja in England und Amerika. Gewiß, m. S. dieser Theil des Handwerks wird auch in Deutschland nach vollendeter Ent-wicklung der Großindustrie noch bestehen bleiben. Schneider für Bucklige, Schuhmacher für Leute mit verkrüppelten Füßen u. s. w. Aber um dieses Restes willen, kann man doch nicht die Gesetzgebung in Bewegung setzen. Das wäre der Gipfel der Unvernunft. Daß die Zwangsinnungen in sittlicher, erzieherischer, sachlicher Beziehung, in der Lehrlings-ausbildung irgend etwas leisten werden, bestreite ich. Da-gegen sprechen alle Erfahrungen, die mit den Zünften ge-macht worden sind. Nach dem Urtheil berufener Beobachter, ja nach dem Urtheil der Provinzialregierungen von Düssel-dorf und Stettin, fröhnen die Innungen ihrem Eigennutz und ähanciren befaßte Leute. Die vernünftigen Hand-werker gehören heut jedenfalls nicht zu den Zünftlern. Sämtliche österreichische Gewerbeinspectoren schildern den Geist der Genossenschaften für das Handwerk dort, die Herr von Berlepsch für Deutschland in petto hat, außer-ordentlich ungünstig. Sie beklagen den Mangel an Gemeininn. Und über die Ausbeutung der Lehrlinge durch deutsche Innungsmeister drückt die besten Berichte der Fabrikinspectoren zu lesen. Da: tzuulich beste Ausbildung ist keine Garantie für eine wirklich gute Ausbildung des Lehrlings. Er verkommt, wenn sein geschickter Meister ein Quisp ist. Viele Meister gestatten den Lehrlingen den Besuch von Fachschulen nicht, weil keine Zeit dazu ist. Deshalb haben sich auch die Innungen nur in vereinzelten Fällen dazu verstanden, Fachschulen einzurichten. Sie verwenden ihr Geld lieber zu andern eigenmächtigen Zwecken. Zu solchen Innungen haben wir kein Vertrauen. Auch die Handwerker-kammern, die man schaffen will, sind unnütz, sie schweben vollkommen in der Luft und werden den Lauf der Ent-

Widmung nicht aufhalten. Wir wünschen nur das Eine, daß in den zünftlichen Kreisen dieselbe Einsicht Platz greifen möge, die in der vernünftigen Arbeiterschaft schon Platz gegriffen hat, daß nämlich eine Besserung der Leiden der Handwerker erst dann eintreten werde, wenn an Stelle der kapitalistischen, die sozialistische Produktionsweise gesetzt worden ist, nicht früher und nicht später! (Bravo d. d. Soc.)

Staatsminister von Büttcher: Wenn es wirklich so schlecht um den Handwerkerstand stünde, wie der Vorredner es schilderte, so wäre es doppelt Pflicht der Regierung, für Abhilfe der Noth zu sorgen. Wenn der Vorredner gefragt hat, warum wir nicht gleichzeitig Arbeiterkammern errichten wollten, so erkläre ich, die Regierung hat nicht die Aufgabe, socialdemokratische Agitationen zu fördern und auf etwas Anderes kam der von den Socialdemokraten im vorigen Jahr gestellte Antrag nicht hinaus. Wir werden mit Ihnen (links) schwer einig werden, Sie wollen ja augenscheinlich nicht mithun, und wenn der Vorredner mit einem gewissen Triumphgefühl erklärt hat, das Handwerk werde der Socialdemokratie unweigerlich verfallen, so hoffe ich, diese Worte werden den deutschen Handwerkern die Augen öffnen und ihnen zeigen, wo sie ihr wahres Heil finden können. (Lachen links.) Dem Abgeordneten Jakobstötter erwidere ich, daß ich die Berlepschen Vorschläge mit ausgearbeitet habe, daß zwischen mir und dem Handelsminister keine Meinungsverschiedenheit besteht. (Beifall rechts.)

Abg. von Cegielski (Pole) spricht sich principiell für den Befähigungsnachweis aus, zweifelt aber, ob er durchführbar ist.

Die Debatte wird geschlossen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Initiativ-Anträge (zunächst der Centrumsantrag auf Aufhebung des Feuertengenges.)

Schluß 5 Uhr 45 Min.

### Locales.

Breslau, den 16. Januar 1895.

— [Ein Mangel an Schulräumen] besteht immer noch in der Ohlauer Vorstadt. Die städtische Schulverwaltung sucht für Volksschulklassen, welche nächster Ostern errichtet werden sollen, in diesem Stadttheile geeignete Miethsräume. Eine hierauf bezügliche Bekanntmachung in den Zeitungen ist bisher ohne Erfolg geblieben. Der Magistrat hat sich deshalb an den Bezirksverein der Ohlauer Vorstadt mit der Bitte gewandt, sich um die Ermittelung geeigneter Schulräume zu bemühen. Der Magistrat will die Räume für eine Reihe von Jahren gewinnen, wenn deren Einrichtung in Neubauten möglich ist, zu denen ein geräumiger Hof, der als Spielplatz zu benutzen ist, gehört. Angebote ungenügender Wohnräume würde der Magistrat nur dann berücksichtigen können, wenn die Einrichtung der Räume nicht mit erheblichen Kosten verknüpft ist. Die betreffenden Angebote sind an das Bureau IV (Hintermarkt 1 I) zu richten.

— [Bei den Verhandlungen über den Breslauer Großschiffahrtsweg] ist der Stadtgemeinde Breslau bisher die Herstellung einer beschränkten Zahl von Nothauslässen in den neuen Canal, und zwar zur Entwässerung der äußeren Sandvorstadt, zugehanden worden. Die Stadtgemeinde strebt von vornherein eine möglichst bedeutende Erweiterung dieses Angelegnisses an, ist aber dabei, wie die „Schlesische Zeitung“ hört, auf den entschiedenen Widerspruch der Oberstrombauverwaltung gestoßen, die die Möglichkeit einer Verjeuchung des Schiffabricanal für den Fall einer erheblichen Vermehrung der Nothauslässe befürchtet. Die Oberstrombauverwaltung hat deshalb den Antrag des Breslauer Magistrats auf Erweiterung der bisherigen Concession abgelehnt. Durch diese Entscheidung wird die Verwaltung der Universitätsanlagen in Mitleidenschaft gezogen, als wenn es nicht gelangt eine unbedingt zuverlässige Entwässerung des Geländes um den Raggarten herbeiführen, die weitere Ausführung von Neubauten für Universitätszwecke in jener Gegend in Frage gestellt wird. Es wäre auf das Dringendste zu wünschen, daß möglichst bald eine zufriedenstellende Lösung der Schwierigkeiten gefunden würde.

— [Kosten der Schneeklärung.] Neben den laufenden Ausgaben für die Reinigung der Straßen sind in diesem Winter für die Bereinigung bezw. Abfuhr des Schnees von den Straßen und Plätzen der Stadt bis einschließl. den 13. d. Mts. 25,706,12 Mk. Kosten entstanden. Davon entfallen auf Löhne für Arbeiter und Aufsichtspersonal 12,539,87 Mk. und 10,533 Pfennige 13,166,25 Mk.

— [Zur Beachtung.] Die Straßenordnung vom 23. März 1891 bestimmt u. a. Folgendes: Schnee und Eis dürfen aus den Dachrinnen nach der Straße unter folgenden Bedingungen geschöpft werden: 1) Die Handlöhler ist abzuräumen; 2) während des Schneeschneefalls hat eine erwachsene Person auf dem Straßendamm Stellung zu nehmen, welche die Beschädigung auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen hat; 3) Schnee und Eis sind nur durch bereit gehaltenen Fahrweg wegzuschaffen. — Nach 10 Uhr Vormittags darf Schnee und Eis nicht mehr herabgeworfen werden.

— [Stadt-Theater.] Heute, Mittwoch, findet die zweite Aufführung der Tragödie „Timon von Athen“ statt. — Morgen, Donnerstag, wird die Oper „Herodias“, in der bekannten Besetzung mit den Damen Weiner, Krammer und Großmann, sowie den Herren Grigig, Somer, Elmblad, Lehmler und Mühlmann wiederholt.

— [Lobe-Theater.] Der Dienstag-Vorstellung mochte der Intendant des Dresdener Hoftheaters Graf Seibitz bei, welcher den neuesten Kadelburg-Schönthaus'schen Schwanke noch vor der Berliner Premiere kennen lernen wollte.

— [Concordia-Theater.] Heute, Mittwoch, geht, wie bereits wiederholt mitgeteilt wurde, als Benefiz-Vorstellung für Fr. Clara Heimann das vieractige Lustspiel „Herr und Frau Doctor“ von Heinemann in Scene. Die Beneficiantin erfreute sich schon im Vorjahre allgemeiner Beliebtheit, welche sich in diesem Jahre noch gesteigert hat, so daß sie wohl auf ein volles Haus rechnen darf. Der Anfang der Vorstellung ist um halb 8 Uhr. Bona, Abonnements sowie Sperrsitze zu ermäßigten Preisen haben keine Giltigkeit. — Morgen, Donnerstag, findet die letzte Wiederholung der Operettenposse „Höhere Töchter“ statt.

— [Der nächste Volkunterhaltungs Abend] welcher der Humboldt-Verein für Volksbildung morgen, Donnerstag, den 17. d. Mts., Abends 8 Uhr, in großen Saale des Concerthauses veranstaltet, wird u. A. einen kurzen belehrenden Vortrag des Oberlehrers Dr. Kessel bieten, sowie künstlerische Gaben der Concertsängerin Fel. Donat, der Herren Dr. Erich Freund und Otto Gerlach, Mitgl. d. des Stadttheaters.

— [Feuer.] Am 14. d. Mts., Nachmittags 6 3/4 Uhr, geriethen im 1. Stock des Hauses N. u. 56 zu nahe dem Dien aufhängte Kleidungsstücke und eine Steppdecke in Brand. Das Feuer, welches sich noch der Thür, Scaade und Dichtung mittheilte, wurde von der herbeigerufenen Feuerwehr durch einige Eimer Wasser gelöscht.

— [Arbeiter-Misik.] Am 10. d. Mts., war der Bahnschmied Johann Purl mit dem Reinigen einer Dachrinne beschäftigt und stand zu diesem Zweck auf einer Leiter. In Folge eines Fehltritts stürzte er von dieser Leiter und zog sich außer einer Kopfwunde einen Bruch des linken Oberarmes zu. — Ein Arbeiter aus Oswitz hatte das Unglück, mit dem Kopf in einen Weidenstrauch zu stürzen und sich schwere Wunden im Gesicht und am Hals zuzuziehen. — Der Zimmermann Wilhelm Baruffe von der Theresienstraße stürzte auf einem Neubau aus bedeutender Höhe von dem Gerüst und erlitt außer einer Contusion des Rückens einen Bruch des linken Armes. — Als der Diensthofe Gustav Adam, in Schmolz, ein Pferd pügte, schlug dasselbe plötzlich aus und traf mit dem Hufe den Mann ins Gesicht, der dadurch schwer verletzt wurde.

— [Unglücksfall.] Ein Jagdhirn des St. Anna-Hospitals an der Sandstraße stitt auf der Albrechtsstraße aus und zog sich durch Sturz auf das Straßenpflaster erhebliche Verletzungen an Schulter und Rücken zu.

— [Plötzlicher Tod.] Am 12. d. Mts., Nachmittags, erkrankte auf der Unte n-straße ein Arbeiter und sollte daher nach der Krankenanstalt auf der Lindenstraße gebracht werden. Beim Entressen dahier war er im Bewußtlosem verstorben. Seine Leiche wurde nach der Anatomie geschickt.

— [Zur Ermittlung gekloppter Sachen.] Von dem wegen Diebstahls verhafteten Arbeiter Arthur Meißner sind folgende Sachen gefunden worden, über deren Verbleib noch nichts ermittelt worden ist: Servietten, gr. J. G., Handtücher mit rother Kante, gr. J. G., Tischläufer, gr. A. E., ferner weiße angeputzte Kellnerjacken, Handschuhe, rothweisse farbige Servietten, ein Beutel von Messing und ein Beutel von Nickel. Meißner hat diese Sachen größtentheils in Restaurationen gestohlen und auch in solchen wieder veräußert. Alle Personen, welche von den erwähnten Sachen geklopft haben oder über deren Verbleib Auskunft geben können, mögen sich in Zimmer 19 des Polizeireviers melden.

— [Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 14. d. Mts. 40 Personen. — Gefangen: von einem Handwagen ein Reis Papier. — Abhanden gekommen: 6 Portemonnaies mit Inhalt, eine goldene Damenreinschmuck gr. M. S., eine silberne Damenuhr, Nr. 16,493, eine goldene Uhrenkette, ein brauner Mantel, ein gelbes Arabend und eine goldene Kravattenadel. — Gefunden: eine alte Eisenkette, ein Pelzhang, ein gelbes Pincenz, eine Reißzange, eine Schimmerzange, eine Spülendecke und ein Schüsselchen.

Vortrag. In der Deutschen Gesellschaft für ethische Cultur hielt am Donnerstag, den 10. d. Mts., Herr Rechtsanwalt Marcuse einen Vortrag über „Ethik und Recht“. Redner erläuterte zunächst das Wesen des Rechtes und des Sittlichen und zeigte sodann, wie Lust und Schmerz, die beiden Triebfedern, deren sich die Natur bei der Erreichung ihrer Zwecke bedient, im Rechtsleben dem Lohn und Zwang entsprechen. Aber nicht nur des Lohnes und Zwanges allein bedarf das Recht zu seiner Verwirklichung, sondern ebenso sehr zweier sittlicher Momente, des Pflichtgefühls und der Liebe. Die ursprünglichsten Zwecke der Menschen seien die physische und ökonomische Selbsterhaltung gewesen, welche zur Schaffung des Rechtes geführt haben, ohne welche eine Sicherung dieser beiden Haupttriebfedern der Menschheit nicht denkbar gewesen wäre. Redner erläuterte sodann den Ursprung und die Bedeutung von Sitte und Sittlichkeit; er vergleicht die Sittlichkeit am Schluß seines Vortrages mit dem Egoismus des einzelnen Individuums, indem er den Egoismus den Selbsterhaltungstrieb der Gesellschaft nennt.

### Schlesien.

X. S. Liegnitz. Am Sonntag wurde im Gasthof zum weißen Elephanten eine vom Gewerkschafts-Comitee einberufene Gewerkschaftsversammlung abgehalten. Zweck derselben war, Beschluß zu fassen über die Gründung einer Centralherberge; jedoch mußte die Sache bis auf Weiteres vertagt werden.

Ferner wurde die vom Gewerkschafts-Comitee in Aussicht genommene Arbeitslosen-Statistik zur Discussion gestellt und beschlossen, am Sonntag, den 20. und 27. Januar, geeignete Genossen damit zu betrauen, welche von Haus zu Haus gehen und alle Arbeitslosen aufnehmen sollen. Das Resultat wird durch einen Vertreter des Gewerkschafts-Comitees den hiesigen Behörden unterbreitet werden, um ihnen dann zu beweisen, daß es nicht bloß in den Großstädten Arbeitslose giebt, sondern auch hier. Den hiesigen städtischen Behörden soll auch die Frage vorgelegt werden, was sie zur Linderung der herrschenden Noth zu thun gedenken. In der obigen Versammlung kam es auch zu einem Zwischenfall, welcher ernst und heiter zugleich war. Als der Genosse Peters (Handschuhmacher) in der Discussion unter anderem auf die Gefängnisarbeit und die Müßiggangigkeit zu sprechen kam, da unterbrach ihn der überwachende Commisarius und verlangte, daß er zur Tagesordnung spreche! (Liegnitz gehört doch zu Preußen und nicht zu Sachsen.) Sofort meldete sich Genosse Merker zur Geschäftsordnung und meinte, daß es Sache des Vorsitzenden sei, den Redner zurecht zu weisen. Diese Ausführung schien dem Herrn Commisarius nicht zu passen und er rief Genosse Merker zu: „Seien Sie mir stille, sonst passiert Ihnen was, das Ihnen nicht lieb ist!“

Soweit der ernste Theil. Als noch Genosse Winkler in derselben Sache sprach, wandte sich der Commisarius in scharfer Erregung auch diesem Redner zu und sprach: „Ich bin besser uniformirt (soll heißen informiert) wie Sie über meinen Dienst.“ Daß die Versammlung bei dem Worte uniformirt in lautes Lachen ausbrach, läßt sich leicht denken. — Blinder Eifer schadet nur!

Auf Befehl des Regimentscommandeurs ist den hiesigen Soldaten das Restaurant „Lübener Hof“ verboten worden! Es ist dies das vierte Gastlocal, was hier für das Militär gesperrt ist! „Ist das kein Bonfott?“ Warum werden denn nicht alle Localie gesperrt? Die verdammten Soci verkehren doch auch in anderen als ihren Versammlungslocalen. Beim Berliner Bierkriege konnten die bürgerlichen Proleten nicht genug Zeter und Mordio über das ungerathene Handeln der Arbeiter schreien, ja sie bedauerten, daß es keine Geißel gäbe, wonach die geschädigten Wirthe auf Schadenersatz klagen könnten. Im vorliegenden Falle können die Herren Gasmirthe nicht den Muth zu haben, sich für ihre Collegen ins Zeug zu legen.

— [Mittelwalde, 13. Januar.] Arbeiter-Entlassungen. In der hiesigen Schuhfabrik von Simonson und Stern (Berliner) dauern die Anfang December begonnenen Entlassungen von Arbeitern bis jetzt fort. Von dem mehr als hundert Familien, welche bis Ende November v. J. in der Fabrik reichliche Beschäftigung gefunden hatten, sind, wie die „Br. M.-Ztg.“ mittheilt, fast alle in ihre hiesige Heimath zurückgekehrt. In der hiesigen Vorstadt stehen in Folge dessen sehr viele Wohnungen leer.

### Gerichtliches.

Schweres Gericht. In der Sitzung vom 7. Januar, die unter dem Vorsitz des Stadtraths Peterien abgehalten wurde, kamen unter anderen folgende Streitfälle zur Verhandlung.

Der Cigarettenfabrikant Börschel verlangt von dem Fabrikanten Dilling eine vierzehntägige Lohnentschädigung, weil er zu Unrecht entlassen worden ist. Beklagter giebt an, daß Kläger zur Fabrikation nicht tauglich sei und darum aus der Arbeit entlassen worden sei. Er beruft sich auf das Zeugniß seines Werkführers, der auch betonte, daß Kläger wohl das Nageln der Risten, nicht aber das Kleben verstände. Demzufolge wies das Schwere Gericht den Kläger kostenpflichtig ab.

Der Arbeiter Enker war in den Vereinigten Breslauer Cigarrenfabriken gegen ein Tagelohn von 1,70 Mk. eine zeitlang beschäftigt. Da er ohne Grund und Ursache entlassen wurde, klagt er gleichfalls auf Zahlung einer 14tägigen Lohnentschädigung im Betrage von 20,40 Mk. Der Vertreter der beklagten Firma Herr Gärner, (früher Polizeicommissarius) bestritt dem Kläger das Recht einer Entschädigung; nach dem in den Fabriken angebrachten Arbeitsordnung, die die polizeiliche Beschäftigung erlangt habe, könne jeder Arbeiter das Arbeitsverhältniß täglich lösen, und ebenso könne er täglich

entlassen werden. Er beantragte, deshalb die Abweisung der Klage. Der Kläger erklärte, daß er von der Arbeitsordnung nichts wisse, und daß überhaupt der Ausbruch der Fabrikordnung allein nicht genüge, vielmehr müßte nach der zutreffenden Bestimmung der Gewerbeordnung die Arbeitsordnung den Arbeitern behändigt werden, was aber bei ihm nicht geschehen sei. Das Gewerbegericht entschied trotz des sich haltigen Einwandes des Klägers auf Abweisung der Klage.

Der Vorsitzende führte in der Begründung aus, daß es allerdings richtig sei, daß die Behändigung der Arbeitsordnung erfolgen müsse, aber mit der Unterlassung der Behändigung könne die Gültigkeit des § 134c der Gewerbeordnung, monach der Inhalt der Fabrikordnung für die Arbeitgeber und Arbeiter rechtsverbindlich ist, nicht als aufgehoben betrachtet werden. Es wäre unseres Erachtens notwendig, daß die Gewerbegerichtsbeisitzer zu dieser immerhin wichtigen Frage Stellung nehmen.

Ein anderer Streitfall, der ebenso interessant wie für viele Arbeiter von Wichtigkeit werden könnte, ist der, wo der Erdarbeiter Häusler gegen den Bauunternehmer Schläpfer auf Lohnentziehung klagt. Der Beklagte spricht seine Bewunderung über die Klage aus, weil Kläger nur des eingetretenen Frostes wegen entlassen worden sei, wie alle anderen Erdarbeiter. Hierzu führte der Vorsitzende aus, daß das Gewerbegericht sich nur an die Bestimmungen der Gewerbeordnung halten dürfe, die da besagen, daß da, wo besondere Abmachungen nicht vereinbart worden sind, die gesetzliche 14 tägige Kündigungsfrist maßgebend sei. Die Sache wurde bis 28. Januar vertagt, um den Schachtmeister zu vernehmen, der die Arbeit genommen

**Wegen Zuwiderhandlung gegen § 154, 2 des Alters- und Invaliditäts-Gesetzes** ist vom Landgerichte Breslau am 16. October v. J. der Cigarrenfabrikant Franz Matzschinsky zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Er soll zwei bereits benutzte Versicherungsmarken zu 14 Pf. auf die Quittungskarte einer Cigarrenmüllerin geklebt haben. Er behauptete zwar, diese habe es selbst gethan, um sich für ihre Erkrankung zu rächen, aber der Gerichtshof nahm doch an, daß der Angeklagte sich des genannten Vergehens schuldig gemacht habe. — Die Revision des Angeklagten, welche unzureichende Feststellungen behauptete, wurde am 15. Januar vom Reichsgerichte verworfen.

**Beleidigung der bewaffneten Macht.** Der Arbeiter Paulus, der am 5. October v. J. in der Nähe der Schützenkaserne in Dresden bei einem Schützenbau beschäftigt war und im Uebermuth einer Truppe von 60 Soldaten, die eine harmlose Melodie pfeifend vorbeimarschirten, zurief: „Pfeift doch den Socialisten-Marsch!“ wurde wegen Beleidigung der bewaffneten Macht unter Anklage gestellt und vom Dresdener Landgericht am 15. d. Mts. zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt.

**400 Procent Zinsen.** Wegen gewerbsmäßigen Wuchers ist vom Landgerichte Hannover am 7. September v. J. der Rentier, frühere Mehlmüller Heinrich Fraatz zu 9 Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurtheilt worden, der Mitangeklagte Klinge wegen Beihilfe zum Wucher zu drei Monaten Gefängnis. Der Premierlieutenant v. Rüttichau, welcher in den Jahren 1886 bis 1889 an der Militärreitschule in Hannover thätig war, wurde von seinen Gläubigern hart bedrängt und konnte seine Wechsel nicht einlösen. Fraatz ließ ihm 1000 und 1500 M., zog aber sofort den zehnten Theil für Zinsen ab, einen Betrag also, der für die ausgemachte Frist von 3 Monaten einem Zinsfuß von 100 Procent entsprach. Am Verfallstage konnte Herr von R. das Geld nicht zurückzahlen und er mußte deshalb dieselben harten Bedingungen nochmals einnehmen. Im Jahre 1889 war die Forderung des Fraatz an den Offizier auf 5-6000 Mark angewachsen. Herr v. R., der dann nach Dresden verlegt worden war, gerieth in Concurs. Die Einkünfte seines Fideicommisses boten den Gläubigern nur für einen Theil ihrer Forderungen Deckung. Die Vermittlerrolle bei diesen Wuchergeschäften des Fraatz hatte Klinge gespielt. Ein zweites Opfer des Fraatz war der frühere Staatsanwalt Kurth in Hannover, welcher sich wegen drückenden Schulden in einer Nothlage befand. Er mußte sogar 400 Procent Zinsen an den Angeklagten zahlen. Er wurde später zum Landgerichtsrath in Essen ernannt und mußte Schulden halber den Staatsdienst aufgeben. In dritter Reihe kommt als Geschädigter in Betracht der Maschinen-Ingenieur Müller, welcher 40-50 Proc. Zinsen zahlen mußte. In diesem Falle besorgte wiederum Klinge die Vermittelung. — Beide Angeklagten hatten Revision eingelegt und materielle Gefährdung verweigert. Insbesondere wurde das Vorhandensein einer Nothlage bestritten. Fraatz bestritt auch das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit in dem Falle Kurth; die Stellung dieses Herrn als Staatsanwalt habe in ihm, dem Angeklagten um so eher den Glauben erwecken können, daß er sich keines Wuchers schuldig mache, da er annehmen durfte, daß ein Staatsanwalt sich in solche Geschäfte nicht einlassen werde. — Das Reichsgericht verwarf am 14. d. M. die Revision der beiden Angeklagten, da die Einwendungen derselben sich lediglich gegen die thatsächlichen Feststellungen richteten und das Urtheil keinen Rechtsirrtum aufwies.

**Kleine Rundschau.**

**Berlin.** Dem Sprecher der humanitären Gemeinde, Schäfer, war am 28. Mai v. J. der Privatunterricht in Ethik und Religionsgeschichte, wie er ihn seit 27 Jahren auf Grund seines Lehrer- und Rectoratsamtes, aber ohne einen besonderen Erlaubnißschein, unangefochten erteilt hatte, vom Provinzialschulcollegium verboten worden. Ein Gesuch um nachträgliche Bewilligung der Unterrichtserlaubnis wurde ohne jede Begründung abgelehnt. Auf eine Beschwerde darüber an das Kultusministerium vom 25. September v. J. hat dieses nun Herrn beantwortet, daß ihm „wegen seiner pantheistischen Weltanschauung“ die nachgesuchte Erlaubnis nicht erteilt werden könne.

**Mannheim.** 15. Januar. Im Proceß Traumann lautete das am Montag verkündete Urtheil der Strafkammer gegen Richard Traumann auf 2 Jahre 3 Monate Gefängnis

wegen Untreue. Wegen Anstiftung zur Untreue erhielten Wilhelm Maas 3 Jahre 3 Monate Gefängnis, Dr. Max Maas 2 Jahre 2 Monate, Eugen Maas 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, einschließlich der bereits gegen Alle wegen Bankerotts erkannten Strafen; außerdem wurde gegen Jeden auf eine Geldstrafe von 150 M. erkannt.

**Der Wunderdocto.** Ist in Naddbruch hat seine Thätigkeit wegen der sich häufenden Strafbefehle für unbesugtes Ueberlassen von Arzneien einstellend eingestellt.

**Rittergutsbesitzer u. Namwächter zugleich.** Aus einer kleinen thüringischen Stadt berichtet man den Münchener „N. Nachr.“ folgendes heitere, als wahr verbürgte Vorkommniß: In der weiteren Umgebung unserer Stadt kaufte vor einigen Jahren ein noch sehr jugendlicher Rentier von hier ein Rittergut, das er nun schlecht aber nicht recht bewirtschaftete, so daß die Wirtschaft seitdem den Krebsgang geht, und verzerrte sich im Uebrigen durch sein brutales, prohenhaftes Auftreten gar bald die Sympathien des biedereren Landvolkes. Kürzlich fand nun eine Gemeindeversammlung statt, um über die Neubefugung des Namwächterpostens zu beschließen. Man entschied sich für einen tüchtigen Bewerber, der allerdings statt des bisherigen Gehaltes von 180 Mark für das Jahr deren 200 forderte. Da erklärte der allzeit freisüchtige Herr Rittergutsbesitzer in der Hitze des Wortgechts, die Zulage sei völlig ungerechtfertigt, für 180 Mark würde er selbst den Dienst versehen. Sprach's und verließ empört die Gemeindefronte. Seine Ausrufung war aber auf fruchtbaren Boden gefallen: die Versammlung sah von der erst ins Auge gefaßten Candidatur ab und wählte einstimmig den Herrn Rittergutsbesitzer zum Namwächter nach Maßgabe des alten Contractverhältnisses!

**Bergsturz.** In dem von 7000 Seelen bewohnten Marktflöden Mezzojojo (Provinz Palermo) fand ein Bergsturz statt Große Felsblöcke stürzten mit Getöse auf das dicht am Fuße des Berges gelegene Viertel San Basilio. Die Einwohner verließen entsetzt den Ort.

**London, 14. Januar.** Ein folgenschweres Grubenunglück wird aus England vom Montag gemeldet: In dem Kohlenbergwerk Diglate in der Nähe von Dudley (Staffordshire) erfolgte ein Wassereintrich, während 250 Bergleute in dem Bergwerk beschäftigt waren. Es wurde alles gethan, um die Bergleute zu retten; um fünf Uhr Nachmittags waren 150 gerettet. Man befürchtet, daß 20 Bergleute, welche in den untersten Gruben arbeiteten, ertrunken sind. Nach einer Meldung vom 15. Januar beträgt die Zahl der in dem überschwemmten Bergwerk zurückgebliebenen Arbeiter 92; trotz aller Anstrengungen nimmt das Wasser nur langsam ab.

**Von schweren Ueberschwemmungen** wird Britisch-Colombien heimgeführt. Nach einem Telegramm aus Vancouver vom Dienstag steigt das Hochwasser im oberen Fraserthal schnell. Der Montag dort auf der Canadapacific-Bahn eingetroffene Zug war der erste seit dem letzten Donnerstag. Auf der großen Nordbahn ist seit Freitag kein Zug in Vancouver eingetroffen. Mehrere Straßen in Portland und Oregon stehen unter Wasser.

**Neueste Nachrichten.**

— **Berlin, 15. Januar.** Einführung der Sonntagsruhe. Der „Berliner Correspondent“ zu folge haben sich nach einer Mitteilung des Reichseisenbahnministers an den preussischen Minister für die öffentlichen Arbeiten sämtliche Bundesregierungen bereit erklärt, auf den Eisenbahnen ihres Staatsgebietes die Sonntagsruhe im Güterverkehr nach den Grundsätzen vom 8. Mai 1894 spätestens bis zum 1. Mai 1895 durchzuführen.

— **Das Urtheil gegen die Oberfeuerwerker.** Der „Reichsanz.“ meldet: Das kriegsgerichtliche Urtheil über die in Magdeburg internirten preussischen Oberfeuerwerkerschüler ist gesprochen und Seitens des zuständigen Gerichtsherrn bestätigt worden. Sämtliche Internirte sind bestraft worden. Die große Mehrzahl, 131, erhielt wegen Ungehorsam je sechs Wochen und einen Tag Gefängnis, welche Strafe durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde. 31 andere wurden wegen Ungehorsam, Achtungsverletzung, gemeinamer Achtungsverletzung und Drohung je nach der Schwere der dem Einzelnen zur Last fallenden Vergehen mit Gefängnis von sechs Wochen zwei Tagen bis zu neun Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft bestraft. Gleichzeitig wurden von dieser Kategorie zehn Mann degradirt. Endlich wurde ein Unteroffizier wegen Aufwieglung, Achtungsverletzung und gemeinamer Achtungsverletzung mit fünf Jahren ein Tag Gefängnis, wovon durch die Untersuchungshaft 75 Tage als verbüßt erachtet werden, und Degradation, und ein anderer Unteroffizier wegen Ungehorsam, gemeinamer Achtungsverletzung und Aufwieglung mit fünf Jahren fünf Monate Gefängnis und Degradation bestraft.

— **Die Verhandlung über den deutsch-japanischen Handelsvertrag** werden demnächst beginnen.

— **Bern, 14. Januar.** Der Berner Bund meldet: In Folge der Entwürfen des „Vorwärts“, sei der angebliche Deutsche und Boykottist Rieken, Bandagist aus Cleve, plötzlich aus Zürich verschwunden. Rieken hat den französischen Anarchisten Menier de Boyrie in die Hände geliefert. Er dürfte den Weg nach Frankreich oder Oesterreich genommen haben.

**Präsidentenwahl in Frankreich.**

Paris, den 16. Januar. Der Telegraph bringt die sensationelle Kunde, daß Casimir

Perier, der Präsident Frankreichs, in Folge der Ministerkrise gleichfalls bemissionirt hat. Die arbeitende Klasse zu Frankreich hat keinen Grund, diesen Schritt zu beklagen.

— **Brüssel, 15. Januar.** In einer Generalversammlung hat der Generalrath der Arbeiterpartei beschlossen, im Lande eine gleichartige Agitation für das allgemeine Wahlrecht bei den Gemeindevahlen vorzubereiten und über weitere Maßregeln in einer demnächst abzuhaltenden Generalversammlung der ganzen Partei zu berathen.

— **Brüssel, 15. Januar.** Telegraphisch wird gemeldet: Anschließend an das gestrige freisprechende Urtheil gegen fünf der Aufreizung gegen die Militärbesetzung angeklagte Redacteurs und Mitarbeiter des Socialistenblattes „La Caserne“, meldet eine hiesige Zeitung, die Regierung werde demnächst ein Gesetz erbringen, welches socialistische Aufreizungen der Armee bestraft, auch wenn dieselben erfolglos bleiben.

— **Belgrad, 15. Januar.** Es wird berichtet, die Meldung der „Köln. Ztg.“ von einer neu entdeckten Verschwörung gegen den König und neuerlichen Verhaftungen sei unbegründet.

— **Newyork, 15. Januar.** Internationales Schiedsgericht. Einer telegraphischen Meldung zufolge brachten im Senat das Mitglied Sherman eine Vorlage ein, monach der Präsident gemäß der Resolution des Congresses vom 3. April 1890 ermächtigt werden soll, durch die diplomatischen Agenten der Unionsstaaten Verhandlungen zu führen, oder eine Commission zu ernennen, welche an die fremden Regierungen zu entsenden ist, um Maßnahmen einzuleiten zur Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts oder Ergreifung anderer Maßnahmen zur gütlichen Beilegung der Streitigkeiten zwischen den Völkern und zur Abwendung des Krieges.

— **Die Tramwaybeamten in Brooklyn**, ausgenommen diejenigen einer einzigen Linie, streiken. Die Ausständigen werden auf 6000 geschätzt.

— **Aus Madagaskar** melden englische Telegramme, daß die Howas beim Bombardement von Tarasatra große Verluste erlitten haben. Aus Tamatave sind fünf Engländer ausgewiesen worden. Die Franzosen haben einen Dampfer, der unter madagassischer Flagge segelte, gekapert.

**Standesamtliche Nachrichten.**

Vom 15. Januar.

**Eheschließungen.** I. Maurermeister Erich Schmidt, ev., zu Oppeln, mit Ubele Erner, kath., hier. — Straßenbahn-Conducteur Carl Reumann, ev., mit Anna Werner, ev., hier. — II. Particulier Heinrich Garbe, ev., mit Martha Masche, ev., hier. — Fabrikarbeiter Wilhelm Glas, ev., mit Luise Stiller, ev., hier.

**Geburten.** I. Feuerwehrmann Wilhelm Günzel, ev., 2. — Schuhmacher Karl Süßmann, ev., 2. — Haushälter Eduard Lindner, ev., 2. — Brauer Josef König, kath., 2. — Hausbesitzer Gustav Siller, ev., 2. — Arbeiter Karl Scharte, ev., 2. — Masseur Georg Jafekt, ev., 2. — Schneidermeister Heinrich Schulze, ev., 2. — Arbeiter Oskar Ameis, ev., 2. — Rittergutsbesitzer Dietrich von Klitzing, ev., 2. — Buchbindermeister Robert Weidert, ev., 2. — Prodrantantenarbeiter Josef Dlesch, kath., 2. — Haushälter Ernst Uebeschär, ev., 2. — Schuhmachermeister Johann Sobielle, freieb., 2. — Schneidermeister Hermann Keller, ev., 2. — Klempner, Wilhelm Krote, ev., 2. — Handelsmann Hugo Jacobowitz, jüd., 2. — Schuhmacher Franz Mantel, kath., 2. — Arbeiter Gustav Brendel, Dissident, 2. — Tapezierer Paul Henrich, ev., 2. — Schuhfabrikant Wolff Gottheiner, jüd., 2. — Schlossermeister Gustav Herold, ev., 2. — Güterbodenarbeiter Alois Böhm, kath., 2. — Holzkutcher Karl Thiel, kath., 2. — Arbeiter Gottlieb Striechel, ev., 2. — Schmied Robert Tiroke, ev., 2. — Tischler Ernst Lilke, ev., 2. — Arbeiter Andreas Rauhut, ev., 2. — Schiffseigenthümer August Mathejus, ev., 2. — Arbeiter Karl Diegel, ev., 2. — Bäcker Augustin Werner, kath., 2. — Maurer Adolf Fichte, ev., 2. — Haushälter Heinrich Fischer, ev., 2. — Musiker Paul Willnich, kath., 2. — Schneider Josef Drzewicki, kath., 2. — II. Kaufmann Paul Gatter, ev., 2.

**Todesfälle.** I. Walter, S. des Schriftsetzers Otto Jung, 2 J. 8 M. — Conrad, S. des Radirers Adolf Schindler, 19 Tage. — Clara, T. des Lederfärbers August Grünastel, 6 M. — Tapezierergeliebte Reinhold Hoffmann, 20 J. — Rentiere Christiane Aitenburg, 68 J. — Emilie, T. des Formers Carl Meusel, 16 Tage. — Agentenfrau Pauline Kandler, geb. Mazrus, 66 J. — Arbeiter Wilhelm Keller, 43 J. — Ehemaliger Radierer Ferdinand Engelhardt, 66 J. — Elfride, T. des Arbeiters Carl Scheblich, 10 M. — Früh. Dienstmann Eduard Gebauer, 73 J. — Haushälter August Weigelt, 27 J. — Schifferswittwe Marie Würche, geb. Schulze, 73 J. — Lehrersfrau Elise Stephan, geb. Weinrecht, 54 J. — Willy, S. des Bergolders Carl Mai, 4 J. 5 M. — Bahnhofsdirch August Boshold, 66 J. — Maurerwittwe Anna Gabriel, geb. Dswald, 74 J. — Elise, T. des Radirers Paul Galle, 1 J. 2 M. — Collectantenwittwe Marie Jacob, geb. Liebig, 78 J. — Paul, S. des Obsthändlers Julius Seidel, 7 M. — Tischlersfrau Elisabeth Duffiewicz, geb. Jeller, 70 J. — Arbeiterfrau Wilhelmine Krotzer, geb. Berg, 68 J. — Handelsmann Albert Alexander, 75 J. — Wilhelm, Paul Lehmann, 34 J. — Erhard, S. des Restaurateurs Paul Manuel, 1 J. 4 M. — Erik, S. des Schlossers Gustav Kofe, 1 J. 1 M. — II. Emilie, T. des Arbeiters Franz Kiedag, 1 M. — Schneidermeisterwittwe Friederike Köpplan, geb. Scholz, 65 J. — Schuhmacher Valentin Berkowski aus Strypzem, Kreis Schillyberg, 32 J.

Stadt-Theater.

Mittwoch: „Simon von Athen.“  
Donnerstag: „Herodias.“

Lobe-Theater.

Mittwoch: „Zum wohlthätigen Zweck.“  
Donnerstag: „Zum wohlthätigen Zweck.“

Victoria-Theater

(Simmener-Garten.)  
Täglich:  
Specialitäten-Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.

Eppmann's

weltberühmtes Panoptikum  
und Kaiser-Galerie  
Oblauerstraße 64, I. Etage.  
Kaiser- und Fürsten-Galerie, Gallerie  
berühmter Gelehrter, Dichter u. s. w.  
Sämmtliche Völkerrassen. Sämmtliche  
Berühmter der letzten 10 Jahre, darunter  
Aug. Scheffler, Alois Driem, die Wiener  
Dienstbotenmörder u. s. w.  
Acht! Diese Woche in schöner Volltolle  
Elise Gross.  
Im Panorama ist ganz neu aufgestellt:  
die Lieblingsgeschichten König  
Ludwig II von Bayern, Cholera  
in Hamburg, Ermordung Carnots,  
Hirichtung Caserio's u. a. m.  
Bereinsbillet haben von jetzt ab immer  
Gültigkeit. 3412

Aus

Leben und Wissenschaft.

Gesammelte Vorträge und Aufsätze  
von  
Dr. Arnold Dodel.  
Ordentl. öffentl. Professor an der  
Universität Zürich.  
Erste Lieferung:  
Jauer, Arbeiter u. Wissenschaftler  
Drei gemeinverständliche Vorträge  
gehalten  
im Vereinshaus des deutschen Arbeiter-  
bildungs-Vereins in Zürich.  
2. Lieferung:  
Sonrad Deubler,  
Der oberste Reichsliche Kaiser-  
Philosoph.  
Von Weib.  
Seine letzte Stellung und sein  
Verhängnis.  
Ueber die ältere Natur-Betrachtung  
und die neue Natur-Betrachtung.  
Preis pro Band 75 Pf.

Arac, Rom, Cognac

selbst importiert en gros und en détail.  
ff. Punsch u. Glühweinextracte,  
Banana, Ananas-, Bergunder-,  
Kaiser-Wein- u. Punsch,  
ff. Original- und Tafel-Liqueure  
Kunaberger Klosterbitter,  
2721 Mandarinen-Singer,  
Benedictiner,  
Chartreuse, Curacao u.  
„Rachod“.  
Magen- und Cholera-Bitter,  
bekannt durch seine vortreflichen Eigen-  
schaften,  
alten Preßler Korn mit Wein  
abgezogen, Johannisbeerwein  
Blauweizen, Effig u. Koffein  
empfehlen

Hermann Seldel

BRESLAU, Ring 27  
Telephon No. 8.  
Bekanntlich: Im Aufstiege im  
Gedächtnis im Gedächtnis im Gedächtnis.

Kaffee! Kaffee!

ist frisch gebr., das Pfd. 1.40 Pfg.  
Schreib-Kaffee, das Pfd. 1.20 Pfg.  
beher weicher Java, das Pfd. 20 Pfg.  
Paris Schweizer, das Pfd. 55 Pfg.  
Ester Ceylan, das Pfd. 15 Pfg.  
Paris-Damen-Korn-Ceylan, das Pfd. 20 Pfg.  
ff. Jamaica-Korn, a Liter 100 Pfg.  
Paris-Deutscher, das Pfd. 11 Pfg.  
Paris-Deutscher, a Liter 15 Pfg.  
Otto Ogrowsky jr.,  
45 Große Gießstraße 45.

Gebrüder Roesler,  
Lagerbier - Brauerei Breslau.

Kärnthner  
Concertsänger-Gesellschaft  
und Auftreten des musik. Clown Barna.  
Entree Wochentags 15 Pf., Sonntags 20 Pf., Kinder 10 Pf.  
Jeden Sonntag:  
Frühschoppen - Frei - Concert.

3270  
Vorzügliches Vordbier, 25 Flaschen frei Haus 3,50 Mk.

Wie klage ich  
Ein Rathgeber für  
Arbeiter in gewerblichen Streitigkeiten.  
Preis 20 Pf.  
dem dem  
Gewerbe-  
Gericht?  
Vorrätig in der Expedition dieses Blattes.

Photographisches Atelier

Frau Gertrud Fischer  
Lehmgrubenstr. 46, Ecke Bohrauerstr.

empfeht sich zur Aufnahme aller photographischen Arbeiten bei sauberer Arbeit  
und billiger Ausführung. 3057

August Hayne,  
Rohrtafel-Handlung

Berlin Leipzig Chemnitz  
Breslau, Caristrasse Nr. 27  
empfeht alle Sorten Rohrtafel zur Cigarrenfabrikation zu billigsten  
Preisen in anerkannt bester Waare.

Gegenüber der Elisabeth-Kirche!

Thee, feinste Suchong,

3 Pfd. 2, 2,40 Mk. Chocgruß, 1,60 Mk. 3151  
Gute Chocgruß, a Pfd. 0,80, 1, 1,20, 1,60, 2 Mk.  
Guter Cacao-Pulver, a Pfd. 2, 2,40, 2,60 Mk.  
Guter Cacao-Thee, a Pfd. 25, 40 u. 50 Pf.  
Crème-Fruch-Chocgruß, 0,80 u. 1 Mk.  
Pralinée, Marzipan, Bonbon u.  
bekannt billigste Bezugsquelle in der  
Fabrik von  
Ed. Stephan's Nachf., Nicolaistrasse 78

Getreide-Kornbranntwein

vorzügliche Qualität, liefert einen reinen Wohlgeschmack in detail und en gros  
zu den billigsten Preisen.  
die Dampf-Branntwein-Brennerei von  
Reinhold Richter vorm. Theodor Köhler.  
Matthiasstraße Nr. 75, „Zum rothen Stern.“

Die Bibel

oder die sogenannten heil. Schriften der Juden u. Christen  
Eine gemeinverständliche Darstellung ihrer Entstehung, sowie Erklärung der  
Bedeutung ihres Inhalts nach den neuesten welt-, natur- und sprach-  
geschichtlichen Forschungen.  
Preis: Fein geb. Mk. 1,50, brosch. Mk. 3,50.  
Auch in 33 Lieferungen à 10 Pf.  
Zu beziehen durch die Exped. d. „Volkswacht“

Rohrtafel

in bekannt größter Auswahl und besten Qualitäten  
empfeht zu billigsten Preisen.  
G. Titze, Breslau,  
27 Büttnerstraße 27.

Geschichte des Socialismus  
in Einzeln-Darstellungen.

Das Gesamtwerk ist auf vier Bände berechnet, von denen  
nächst zwei erscheinen. Der eine, der erste der Serie, behandelt die Vor-  
läufer des neueren Socialismus, der andere, der dritte des ganzen  
Werkes, giebt die Geschichte der deutschen Socialdemokratie.  
Der erste Band

Die Vorläufer des neueren Socialismus.

Redigirt von E. Bernstein und K. Kautsky  
besteht aus folgenden Abschnitten:  
1. Abschnitt: Der platonische und der urchristliche Communismus.  
2. Abschnitt: Die Arbeitbewegung im Mittelalter und im Zeitalter der  
Reformation (Lage u. Kämpfe der Handwerksgehilfen u. der Bergarbeiter).  
3. Abschnitt: Der Communismus im Mittelalter und im Zeitalter der  
Reformation (Die Klöster, Waldenser, Patarer, Begharden, Tollharder,  
Laboriten, Böhmisches Brüder, Mäurer, die Wiederländer). Diese drei  
Abschnitte sind von K. Kautsky verfasst. 4. Abschnitt: Die beiden ersten  
großen Utopisten. 1. Kapitel Thomas More, von K. Kautsky. 2. Kapitel  
Kampanella, von P. Lafargue. 5. Abschnitt: Die socialistisch demokratischen  
Bewegungen und kommunistischen Tendenzen während der englischen Revo-  
lution des 17. Jahrhunderts von E. Bernstein. 6. Abschnitt: Der Socia-  
lismus in Frankreich bis zur großen Revolution, von Dr. C. Guge.  
Der zweite Band des Gesamtwerkes soll nach dem Plane umfassen  
den Socialismus in England und Frankreich während der ersten Hälfte  
unseres Jahrhunderts, behandelt von E. Bernstein und G. Plechanow.  
Der dritte Band die Geschichte des Socialismus der letzten Jahr-  
zehnte in den verschiedenen modernen Ländern, mit Ausnahme Deutschlands.  
Der dritte Band enthält die

Geschichte der deutschen Socialdemokratie

von ihren Keimen bis zur Gegenwart.  
Von Franz Mehring.  
Der Band besteht aus vier Theilen, welche die Zeit von 1830 bis  
1893 umfassen.  
Der erste Theil reicht von 1830 bis 1863 und zerfällt in zwei  
Kapitel, von denen das erste den Ursprung des wissenschaftlichen Socia-  
lismus nach seinen ökonomischen, philosophischen und politischen Wurzeln  
bis zum kommunistischen Manifest von 1848 darlegt, während das zweite  
Kapitel die Märzrevolution und ihre Folgen behandelt, soweit sie die  
Geschichte der Socialdemokratie beeinflusst haben.  
Der zweite Theil reicht von 1863 bis 1878 und ist in vier Kapitel  
gegliedert, die sich auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, den  
Internationalen Arbeiter-Association (in ihrer Rückwirkung auf Deutschland),  
die Kämpfe der Lassalleaner und Eisenacher, endlich die Gesamtpartei  
vom Gothaer Einigungs-Congresse bis zum Erlaß des Socialistengesetzes  
beziehen.  
Der dritte Theil reicht von 1878 bis 1890. Er ist nach der Dauer  
des Socialistenkampfes bemessen und die Grenzsteine seiner vier Kapitel  
bilden die Parteitage von Witten, Kopenhagen, St. Gallen und Halle.  
Der vierte Theil führt die historische Darstellung in seinem ersten  
Kapitel bis zum Parteitage von Halle (Herbst 1893), während das zweite  
und letzte Kapitel einen zusammenfassenden Ueberblick über den gegenwärtigen  
Stand der Partei giebt.  
Den Schluß des Bandes bilden kritische Quellen-Nachweise, die für  
jeden der kleineren Abschnitte, in welche die einzelnen Kapitel zerfallen,  
besonders zusammengestellt sind. Sie sind nicht bloß darauf angelegt,  
der sachmännlichen Kritik die Controle der Darstellung zu ermöglichen,  
sondern sollen auch dem nicht gelehrten Leser, namentlich aber den Arbeitern  
ein Wegweiser in der jetzt schon massenhaft ins Kraut geschossenen Literatur  
über die deutsche Socialdemokratie sein.

Vorbehaltlich etwa nöthiger Aenderung wird zunächst der erste  
Band, dann der dritte Band, hierauf der zweite Band und zuletzt der  
vierte Band erscheinen.  
Jeder Band wird ca 40 Druckbogen à 16 Seiten Groß-  
format umfassen und je ein für sich abgeschlossenes  
Ganzes bilden.  
Die Ausgabe eines jeden Bandes erfolgt in ca. 20  
Lieferungen à 2 Druckbogen (32 Seiten); alle 14 Tage erscheint  
eine Lieferung à 20 Pfennig.

Die Verlagshandlung wird auf die Ausstattung des Werkes die  
größte Sorgfalt verwenden. Deutliche Lettern, klarer Druck und gutes  
Papier werden das Lesen erleichtern. Der Preis ist so niedrig bemessen,  
wie er bei einem wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist.  
Zu beziehen  
durch alle Colporteurs, auch durch die Exped. d. Bl.

Die Verlagshandlung wird auf die Ausstattung des Werkes die  
größte Sorgfalt verwenden. Deutliche Lettern, klarer Druck und gutes  
Papier werden das Lesen erleichtern. Der Preis ist so niedrig bemessen,  
wie er bei einem wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist.  
Zu beziehen  
durch alle Colporteurs, auch durch die Exped. d. Bl.

Atelier für künstl. Zähne,  
Plomben, Zahnextract, etc  
Reinhold Quiel,

Schuhbrücke Nr. 14, I. Etg.  
Specialität: 3320  
Gebisse ohne Gummienplatte.  
Billigste Preisberechnung.

Hochvertrauens-Projekt

Liebkecht, Bebel, Hepner  
vor dem  
Schwurgericht zu Leipzig  
vom 11.-26. März 1872  
ist neben das 15. Heft erschienen.  
Preis des Heftes 20 Pf.  
Mit dem Abonnement kann jeder  
Beginnen werden.  
Bestellort liefert jeder Colporteur.

Musik-Instrumente.

Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instru-  
mente, Spielböfen zum Drehen u. selbst-  
spielend, Musik-Automaten fertigt  
R. Cohn, Kupferstraße 11.

Vereins-Kalender.

Breslau.  
Donnerstag, den 17. Januar:  
Bereinigung der Maler-  
Zadrez, Anreicher und ver-  
wandten Berufsgenossen. Abds.  
von 7 $\frac{1}{2}$ -9 $\frac{1}{2}$  Uhr: Versammlung  
im Vereinslocal bei Edlich, „des  
Lauben“, Neumarkt. — Zahlabend.  
— Aufnahme neuer Mitglieder.  
— Kollegen, welche nicht der Vereinigung  
angehören, sind als Gäste willkommen.  
Gesangverein Breslauer  
Gutmacher. Abends v. 8 $\frac{1}{2}$ -10 Uhr:  
Übungsstunde im Vereinslocal  
„zum rothen Löwen“, Kupferstraße  
11.